

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 74.

Mittwoch, den 27. März 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

## Leset den „Volksboten“!

Die Teilnahme am öffentlichen Leben ist die Pflicht jedes Staatsbürgers, aber eine besondere Pflicht jedes Arbeiters. Die Arbeiterklasse ist die Trägerin der Zukunft, sie ist berufen, die Bourgeoisie in der Leitung der Geschäfte des Gemeinwesens abzulösen und die Klassenherrschaft aufzuheben. Das ist ihre historische Aufgabe. Dazu aber muß sie sich selbst erziehen. Heute freilich kämpft die Arbeiterklasse noch um das Recht zur Teilnahme am öffentlichen Leben, ihre politischen Rechte sind noch außerordentlich gering; und wo die Bourgeoisie den Arbeitern Recht gab, da sind es in den meisten Fällen Scheinrechte. Leider kämpft noch nicht einmal die gesamte Arbeiterklasse um ihre politischen Rechte; Hunderttausende, ja Millionen machen noch nicht von den Rechten selbständigen Gebrauch, die ihnen schon eingeräumt sind.

Freiwillig gibt die herrschende Klasse keines von ihren Vorrechten auf, freiwillig gibt sie den Arbeitern kein Mittelchen mehr Anteil an den Kulturwerten. Hat das doch erst noch jetzt das Ringen der braven Bergleute im Ruhrbecken bewiesen! Nur im Kampfe kann die Arbeiterklasse den ihr gebührenden Anteil an den Gütern des Lebens erringen, nur durch Kampf wird sie die Stellung in der Gesellschaft erlangen, die ihr nach ihrer Bedeutung für das Leben der Gesellschaft zukommt. Aufgabe des bereits zur Erkenntnis gelangten Teiles der Arbeiterklasse ist es, die noch unwissenden, in geistigem Schlafe dahinlebenden Arbeitsschüler zu sich herauszuführen, sie zu Kämpfern um die Rechte des Arbeitsvolkes zu erziehen, sie dahin zu bringen, daß sie gar kein dringenderes Bedürfnis empfinden, als mitzuwirken an dem großen Kampfe der Befreiung aus materieller Not und geistiger Knechtschaft, aus sozialer und politischer Bevormundung. Wer diesen Kampf mitkämpft, der kämpft für sich selbst, für seine Nachkommen, er kämpft für seine Arbeitsbrüder, für die Gesellschaft, für die Fortentwicklung unserer Kultur.

In diesem Kampfe ist die

### Arbeiterpresse

ein wichtiges, ja ein geradezu unentbehrliches Hilfsmittel. Es ist nicht nur die Aufgabe der Presse, Nachrichten zu verbreiten. Die Arbeiterpresse hat die Aufgabe, die Handlungen der regierenden Kreise fortgesetzt kritisch zu prüfen vom Standpunkte der Arbeiterinteressen, sie hat die Aufgabe, in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern das Recht der Arbeiter zu vertreten, und sie hat die Aufgabe, die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens zu verfolgen und die Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung am sozialistischen Maßstabe zu prüfen, die Unnatur, den Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung an den fortgesetzt neu auftretenden Erscheinungen des Wirtschaftslebens aufzuweisen. Politisch für die Demokratie, wirtschaftlich für den Sozialismus zu wirken, der kämpfenden Arbeiterklasse die Waffe der Aufklärung zu liefern, das ist die Aufgabe der Arbeiterpresse.

Der ungeheure Wert eines kampfesreudigen Arbeiterblattes ist niemals mehr als im eben abgebrochenen

### Niesenkampfe der Bergarbeiter

erwiesen worden. Nur mit seiner Hilfe war es möglich, Tag für Tag dem Litzenschwall der Kapitalistenpresse auf den Leib zu rücken und die Forderung der Gerechtigkeit zu erheben.

Wenn der Erfolg dieses Mühens diesmal noch nicht voll auf der Seite der kämpfenden Arbeiterschaft war, dann liegt es daran, daß die

### Arbeiterpresse noch viel zu wenig verbreitet

ist. Gewiß sind in den letzten Monaten Tausende neuer Abonnenten gewonnen worden, aber was besagt das gegen die ungeheure Zahl von Abonnenten der bürgerlichen Lügenpresse?

An der nichtswürdigen Hege gegen die kämpfenden Arbeiter beteiligt sich die gesamte bürgerlich-kapitalistische Presse. Nur die

### Arbeiterpresse

verteidigt energisch und nachdrücklich die Arbeiterschaft in ihren Rechten und Forderungen. Sie harrt aus auf der Wacht gegen die teuflische Lügen- und Verleumdungsflut der Arbeiterhasser und wird nicht müde, trotz aller Verfolgungen einer Welt von Feinden die Stirne zu bieten.

Deshalb muß jetzt in so schwerer Zeit die Parole aller Arbeiter und wahren Arbeiterfreunde lauten: Weg mit der arbeiterfeindlichen Presse! In jedes ehrlichen Mannes Heim den

## „Lübecker Volksboten“.

Genossen und Leser unseres Blattes! Gerade die gegenwärtige Zeit muß zu umfassender Werbearbeit für die Arbeiterzeitung benutzt werden. Es ist kurz vor Quartalsbeginn, die Empörung über das schmutzige Verhalten der bürgerlichen Presse durchzittert alle ehrlichen Männer und Frauen. Jetzt also ist reicher Erfolg der Mühen für das Blatt zu erwarten.

Vorwärts drum! In jedem Bezirk unseres Verbreitungsgebietes muß eingesezt werden. Das Wirken für das Arbeiterblatt muß sich zur entschlossenen, umfassenden und alleseitig geführten Aktion gestalten, denn es geht um die Aufklärung, um die Vorbereitung neuer Kämpfe! Trage jeder zur Aufstellung der Massen bei; werde jeder ein Agitator für

## Seine Zeitung!

### Politische Rundschau.

Deutschland.

#### Zuckerkonvention und Postetat.

Die letzte Arbeitswoche vor den Osterferien hat begonnen, und es ist jetzt schon sicher, daß diese Tage noch ernste Anstrengungen für die Abgeordneten und für die Journalistentrübene bringen werden, wenn nämlich die Absicht durchgeführt werden soll, vor Ostern noch den ganzen Postetat und den Etat der Reichsdruckerei zu erledigen.

Die Beratung des Postetats, dessen Generaldebatte am Sonnabend mit der Rede des Genossen Zubeil begonnen hatte, wurde Dienstag unterbrochen mit der dritten Lesung der Zuckerkonvention. Noch einmal versuchten die unentwegten Agrarier gegen diese — gewiß nicht allzu aufdringliche — Abmachung anzukämpfen. Seit dem Tage der ersten und zweiten Lesung sind ja auch die wenigen, die zu der geringfügigen Konzession bereit waren, von der „Deutschen Tageszeitung“ in der geeigneten Weise scharf gemacht worden, und heute war die ganze konservative Fraktion mit samt dem Überbleibsel der seligen Reichspartei in der Opposition.

Die Abgeordneten Dr. Arendt, Graf Ranitz und der Nationalliberale Kleye suchten das Zentrum umzustimmen und mahnten es an das freundschaftliche Verhältnis. Herr Dr. Arendt legte besonderen Wert darauf, daß die Beziehung Englands zur Konvention ungeklärt sei. Darauf wurde ihm vom Reichschatzsekretär die englische Erklärung entgegengehalten, daß man dort an der bisherigen Politik nichts ändere. Viel wirksamer wies Genosse Bernstein auf die Sünden der deutschen Wisperrungspolitik hin: Diejenigen, die jetzt — wie Arendt und Ranitz — über die Gefahr eines immerhin denkbaren Sieges der Chamberlainschen Unionisten in England rätornieren, tun selber durch die maßlose Steigerung der Rüstungen alles, um dieser Richtung neuen Agitationsstoff und neue Kräfte zuzuführen. Genosse Bernstein benutzte wieder die Gelegenheit, um erneut zu betonen, daß uns die Konvention nur als das kleinere Übel erscheint, im Vergleich zu der Prämienwirtschaft.

Der Pole Grabski sprach gegen, der Fortschrittler Dr. Voorman für die Konvention, die auch gegen die Rechte angenommen wurde, nachdem nahezu dieselbe Mehrheit den Antrag auf Kommissionsverweisung abgelehnt hatte.

Nach einigen Wahlprüfungen, die ohne Debatte mit Gültigkeitserklärung schließen, wird die Behandlung des Postetats wieder aufgenommen.

Der Postetat ruft indessen zunächst keine grundsätzliche Erörterung des Verkehrswezens und unserer Verkehrseinrichtungen hervor. Nur der erste Redner, der Zentrumsmann Duffner, möchte gern allgemeine Bemerkungen machen, die jedoch völlig mißlingen und zu allgemeinen Redensarten werden. Der brave Herr Duffner aus dem Schwarzwald wird wohl selber nicht verlangen, daß man die Zusammenhänge ernst nimmt, wie er sie zwischen dem Postetat und der Reichsfinanzreform konstruiert hat!

Im übrigen bezog sich die Debatte größtenteils auf die Besoldungsordnung. Herr Duffner verlangte die Beilegung der Unstimmigkeiten, und der nationalliberale Abgeordnete Beck vertrat eine ähnliche Forderung, während der Staatssekretär an der Besoldungsordnung lieber nicht und an keinem Punkt rütteln lassen will. Auch der Konservative Pauls (Hagenow) erklärte

zwar eine Reihe von Wünschen für berechtigt, hält aber ihre Erfüllung für aussichtslos. Derselbe Herr, der ja vor der siegenden Sozialdemokratie aus dem Wahlkreis Potsdam gestrichelt ist, beklagte es bitter, daß Beamte einen sozialdemokratischen Abgeordneten zu ihrem Vertrauten machen können. Ganz so drückte sich Herr Beck freilich nicht aus, aber es war doch — wie er ja auch selbst hervorhob — echt nationalliberal, als er für die Staatsbeamten die Freiheit forderte. Die Freiheit innerhalb der nationalen Verfassungen nämlich.

Der Fortschrittler Kiel trat für eine Reihe sozialistischer Verbesserungen ein und brachte auch ein sehr hübsches Material zur weitherzigen Auffassung der Portofreiheit, wie sie an manchen Fürstenthümern offenbar vorherrscht. Gegen die von altersher bekannten hakatischen Schikanierungen wandte sich der Pole von Chlapowski, ihm entgegnete der Reichsparteiler von Camp. Im Laufe der Sitzung teilte Präsident Kämpf in bewegten Worten das Ableben des alten Trägers mit, von dem er mit Recht sagen konnte, daß er im Hause wohl politische Gegner, aber keinen persönlichen Feind gehabt hat.

#### Albert Traeger verstorben.

Dienstag nachmittag verschied in Berlin der Nestor der Fortschrittlichen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Albert Traeger. Der Verstorbene war ein Demokrat alten Schlages, ein offener charaktervoller Mann, der sich im Reichstag bei allen Parteien und bei allen, die ihn kannten, der größten Beliebtheit erfreute. Als die Fortschrittler zu einem Anhängel des Bülowblocks geworden waren und damit die Politik der Regierung mitmachen mußten, war es der alte Traeger, der mehr als einmal mit den Sozialdemokraten gegen seine eigenen Parteifreunde stimmte. Mit unserem Genossen Bebel verband den Verstorbenen innige Freundschaft, der Traeger ganz besonders zu Bebel's 70. Geburtstag durch ein prächtiges Gedicht Ausdruck verlieh.

Albert Traeger wurde am 12. Juni 1830 in Augsburg geboren, ist also fast 82 Jahre alt geworden. Dem Reichstag gehörte er seit 1874, dem preussischen Landtag seit 1879 an. Beim Zusammentritt des neugewählten Reichstages fungierte er als Alterspräsident und der 81jährige bewies sich der gerade diesmal schwierigen Situation vollständig gewachsen. In den grundsätzlichen Anschauungen trennte uns eine tiefe Kluft von Albert Traeger, doch in allen freiheitlichen Fragen konnte man unbedingt auf ihn zählen. Das Hinscheiden Traegers ist ein schwerer Schlag für den Liberalismus, der an Männern mit festgewurzelter freiheitlicher Überzeugung wahrlich gar keinen Überfluß hat.

Die durch den Tod Traegers nötig gewordene Nachwahl im 2. oldenburgischen Wahlkreis bietet für uns günstige Aussichten. Bei der Hauptwahl 1912 wurden 13 014 sozialdemokratische, 12 204 freisinnige und 4335 nationalliberale Stimmen, bei der Stichwahl 13 925 sozialdemokratische und 15 629 freisinnige Stimmen abgegeben.

Traeger starb im Sanatorium Grunewald infolge eines Herzschlages.

#### Die Krisis in der nationalliberalen Partei.

Die parteiamtliche „Nationalliberale Korrespondenz“ kommt in einem langen Artikel noch einmal auf die Vorgänge in der Sitzung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei zurück. Die in die Öffentlichkeit gedrungenen Meldungen von tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten kann die „Nationalliberale Korrespondenz“ nicht in Abrede stellen, sie legt vielmehr das Schwergewicht ihrer Gegenäußerungen darauf, daß diese Nachrichten nur durch eine Indiskretion in die Öffentlichkeit gekommen sind. Dagegen wird sehr lebhaft bestritten, daß in den Abstimmungen und Beschlüssen der Vorstandssitzung eine Niederlage Baffermanns erblickt werden könne. Daß in der Diskussion auch tadelnde Stimmen über das Verhalten der nationalliberalen Reichstagsfraktion bei der Präsidentenwahl laut geworden seien, wäre angesichts der Tatsache keineswegs verwunderlich, daß in voller Öffentlichkeit im Lande darüber verhandelt worden war. Bei der angeblichen Zurückdrängung der Jungliberalen soll es sich nach dieser parteiamtlichen Darstellung lediglich um eine Frage von organisatorischer Bedeutung handeln. Mit dem Ausblühen der nationalliberalen Arbeitervereine und dem Anwachsen der nationalliberalen Frauenbewegung mußte der Zentralvorstand zur Erörterung der Frage gelangen, ob es im Interesse einer gesunden Organisation gelegen sei, Sonderorganisationen innerhalb der Partei zu dulden. Diese Frage wurde verneint, und daraus ergeben sich die Schlussfolgerungen von selbst. Schließlich wird noch in Abrede gestellt, daß die Nichtwiderwahl Dr. Stresemanns in den geschäftsführenden Ausschuss irgend eine politische Bedeutung habe. Genau so wird in Abrede gestellt, daß der Generalsekretär Fuhrmann als die treibende Kraft bei den Beschlüssen angesehen werden

könne. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ stellt fest: „Herr Fuhrmann ist Generalsekretär der Partei und treibt als solcher keine selbständige Politik.“

Wer die Tätigkeit des Herrn Fuhrmann zu beobachten Gelegenheit hatte, als er noch dem Reichstag angehörte, der wird nicht recht daran glauben können, daß dieser überaus strebsame Politiker, der stets den Blick nach oben gerichtet hält, sich mit der Rolle eines lediglich ausführenden Organs der Partei zufriedengeben wird. Insbesondere ist es auch etwas auffallend, daß das parteianteilige Organ über den tiefen Gegensatz, der zwischen Wasserhahn und Schiffer unlesbar vorhanden ist, mit Stillschweigen hinweggeht.

### Das Statutgesetz vor der Budgetkommission des Reichstages.

Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich Dienstag mit dem Statutgesetz. Staatssekretär Rühl erklärte, daß die Beschränkungen, die gegen die Ermächtigung zu Ausgaben auf unbegrenzte Zeitdauer geäußert worden sind, hinfällig seien. Die der Regierung durch das Statutgesetz gegebene Ermächtigung könne sich doch schlimmsten Falls nur auf das Jahr 1912 erstrecken, und auch dann nur, wenn in diesem Jahre ein Etat nicht zustande kommen würde. Abg. Götze bekämpfte die im Entwurf vorgeschlagene Fassung, die dem Reichskanzler für immer die Ermächtigung gibt, ohne parlamentarische Zustimmung Ausgaben zu machen. Damit wäre das Budgetrecht des Reichstages beseitigt. Deshalb forderte er, die Zeitdauer der Ermächtigung genau zu begrenzen. Er beantragte, das Statutgesetz nur für die Monate April, Mai und Juni zu beschließen. Erzberger stellt sich, der jetzigen Stellung des Zentrums entsprechend, auf die Seite der Regierung. Der Antrag Götze wird gleichwohl mit großer Mehrheit angenommen.

Da im Statutgesetz auch die ersten Raten für eine große Anzahl militärischer Bauten gefordert werden, ohne daß eine Prüfung der Kostenanschläge, sowie der Notwendigkeit der Bauten selbst, jetzt bei der gedrängten Zeit möglich ist, entspann sich eine lebhafteste Debatte über dieses Verfahren der Regierung, das den Reichstag an diese Bauten bindet, wenn er jetzt die erste Rate per Statutgesetz bewilligt. Die Fortschrittliche Volkspartei brachte eine Resolution ein des Inhalts, daß der Reichstag sein Bedauern darüber ausspreche, daß das Statutgesetz erst am 21. März dem Reichstage zugegangen ist, obwohl die Notwendigkeit zu einem solchen Gesetz schon seit Wochen feststand. Die Kommission erblickt in diesem Verfahren der Regierung eine Gefährdung des Budgetrechts des Reichstages.

Die Resolution wird von den konservativen Abgeordneten Dietrich und Graf Westarp bekämpft, die dem Reichstag das Recht bestreiten, Mißtrauensvoten gegen die Regierung zu fassen. Dietrich sucht vielmehr dem Reichstage die Schuld aufzutreiben, der sich bei den Plenarverhandlungen zu wenig Beschränkungen auferlegt. Von fortschrittlicher Seite wurden die Angriffe der Konservativen scharf zurückgewiesen und Genosse Südekum erklärte, daß der Reichstag sehr wohl das Recht habe, Mißtrauensresolutionen zu fassen, falls sich die Notwendigkeit hierzu herausstellt. Die Resolution wird schließlich mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Nur die Sozialdemokraten und Fortschrittler stimmen dafür.

Die Kommission erledigte ferner den Rest des Etats für Togo und den Etat für Neu-Guinea, wobei ein größeres Schuß für jagdbare Tierarten gefordert und die jetzt im Schwunge befindliche gewinnlüchtige Niederknallung bekämpft wurde. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf verwiesen, daß Neu-Guinea uns bereits viele Millionen kostet, der jetzige und spätere Nutzen in gar keinem Vergleich zu diesen Aufwendungen stehe. Ebenso wurde die steigende Einfuhr von Spirituosen bekämpft, wozu der Staatssekretär bemerkte, daß der höhere Konsum durch die Weissen verursacht werde.

### Ersatzwahl im zweiten Berliner Landtagswahlkreise.

Am Dienstag wurde im zweiten Berliner Landtagswahlkreise die Ersatzwahl für den verstorbenen Fabrikbesitzer Dr. Gerschel vorgenommen. Der Minister des Innern hat für diese Wahl, entgegen dem bisherigen Verfahren (Terminwahl) die Fristwahl angeordnet, d. h. die Wahlmänner können innerhalb einer festgesetzten Abstimmungsfrist — in diesem Falle von 3 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags — ihren Kandidaten wählen. Der zweite Landtagswahlbezirk, der sich aus Teilen des 1. und 2. Berliner Reichstagswahlkreises zusammensetzt, ist ganz sicherer Besitzstand der Fortschrittlichen Volkspartei. Ihr Kandidat, Bankdirektor Karl Rommien wurde gewählt. Sozialdemokratischer Kandidat war Genosse Hermann Müller.

### Nachwahl für Dr. Semler?

Eine Berliner Korrespondenz meldet, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Semler (zweiter hannoverscher Wahlkreis) wolle aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niederlegen. Als nationalliberaler Nachfolger komme Dr. Strejmann in Betracht. Die Konservativen leben schon jetzt in der Hoffnung, den Nationalliberalen das Mandat entreißen zu können, obwohl bei der letzten Reichstagswahl 12855 nationalliberale gegen 4516 rechtsstehende und 2686 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden.

### Die Jugendbewegung im preussischen Dreiklassenparlament.

Das preussische Abgeordnetenhaus führte am Dienstag die Debatte über die Jugendfrage zu Ende. Nach einer nicht weiter beachtenswerten Rede des nationalliberalen Abg. Hackenberg sprach der Kultusminister in längeren, wiederholt durch fürmlichen Beifall der Mehrheit belohnten Ausführungen über die proletarische Jugendbewegung. Er warf ihr alles das vor, was ihr täglich in der Presse der Scharmacher und der Sunker vorgeworfen wird, und erging sich in den gewöhnlichen agitatorischen Behauptungen der Gegner unserer Jugendbewegung. Auch der fortschrittliche Abgeordnete Schütt schloß sich dem allgemeinen Kesseltreiben gegen die proletarische Jugendbewegung an, indem er ihr vorwarf, daß sie die jungen Leute zur Abzucht der Schule und der Lehrer aufpor-

bert. In einer mehrstündigen Rede antwortete Genosse Liebknecht auf all die Angriffe vom Sonnabend und Dienstag. Er fertigte zunächst die Verleumdungen der proletarischen Jugendorganisation ab und wies darauf hin, daß die Politik in die Jugendbewegung erst durch die Gesellschaftsordnung hineingetragen wurde und er stellte dem sozialpolitischen Nichtwissen der Dreiklassenmänner ein erschütterndes Gemälde des Elends und Sammers gegenüber, das die kapitalistische Gesellschaftsordnung über die Jugend des arbeitenden Volkes bringt. Unser Genosse schloß seine inhaltsreiche Rede mit der Erklärung, daß gleich wie die Sozialdemokratie auch die proletarische Jugendbewegung nur überwunden werden könne, wenn die heutige Gesellschaft sich zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit entschließt, womit sie allerdings ihr eigenes Todesurteil unterschreiben würde.

Von konservativer Seite wurde sofort nach dieser Rede unter Hinweis auf ihre Dauer gefordert, daß bei der Geschäftsordnungsreform eine bestimmte Redezeit festgesetzt werde. Unsere Genossen Hoffmann und Liebknecht erwiderten schlagend, daß die Sozialdemokraten in dieser Frage allen anderen Parteien allein gegenüberstehen und daß darum die Rede des Gen. Liebknecht nur mit der Gesamtrede der Redner der bürgerlichen Parteien und des Ministers verglichen werden könnte. Nach einer belanglosen Rede des alten nationalliberalen Herrn von Schenkendorf wurde die Debatte geschlossen.

Der Präsident widmete dem verstorbenen Abg. Albert Traeger einen seine parlamentarische Geschäftstätigkeit anerkennenden kurzen Nachruf.

### Erhöhung der Soldatenlöhne.

Wie die „Post“ erfahren haben will, soll die Soldatenlöhne auf 27 Pfg. pro Tag erhöht werden. — Das kann in dieser Form nicht stimmen, weil bei der Kavallerie jetzt schon 27 Pfg. pro Tag bezahlt werden. Die Sozialdemokraten haben beantragt, die Löhne generell um 10 Pfg. pro Tag zu erhöhen, also bei der Infanterie auf 32, bei der Kavallerie auf 37 Pfg. pro Tag. Die ganze Aufbesserung hätte damals 16 Millionen Mark erfordert. Bei der Regelung der Offiziersgehälter und der Gehälter der Beamten sollte auch den Soldaten eine Aufbesserung geboten werden. Dafür waren 14 Millionen Mark vorgesehnen; die Aufbesserung unterblieb damals, weil nach Ansicht der bürgerlichen Parteien keine Mittel mehr vorhanden waren. Vermutlich handelt es sich um eine Wiedereinbringung der damals zurückgestellten Vorlage.

### Wehrvorlagen und Wehrvereine.

Der schleswig-holsteinische Provinzialverband des Wehrvereins beschloß auf seiner Tagung in Neumünster eine Resolution, in der die neuen Wehrvorlagen als völlig ungenügend bezeichnet werden. Dieser Beschluß zeigt, daß der Wehrverein in der Tat eine Organisation ist, die ganz nach dem Vorbild des Flottenvereins zu arbeiten gedenkt. Die Aufbringung der Mittel für ihre phantastischen Pläne macht den Wehrvereinsmitgliedern die geringsten Sorgen.

Am 1. April erscheint die erste Nummer der Monatschrift dieser Organisation: „Die Wehr“. Unter den Mitarbeitern werden genannt: Generalleutnant Eymann, der bekannte Reichsverbändler, Generalmajor v. Gersdorff, Richard Nordhausen u. a. Die Namen der Mitarbeiter lassen die Tendenz der Zeitschrift klar erkennen, auch ehe man sie zu Gesicht bekommen hat. — Der Wehrverein hat seine Tätigkeit eigentlich etwas vor Unzeit begonnen, denn als er ins Leben trat, war die Militärvorlage bereits fertig. Der Verein konnte also nicht behaupten, daß er auf die Gestaltung dieser Vorlage irgendwelchen Einfluß ausgeübt hat. Um nun aber nicht sofort seine totale Überflüssigkeit erkennen zu lassen, verlegt er sich darauf, eine Erweiterung dieser Vorlage zu propagieren.

### Wahlrechtsdebatten im sächsischen Landtage.

In der Dienstausschussung des sächsischen Landtages wurde zunächst eine Petition der sächsischen Gemeindevorstände verhandelt, in der diese das passive Wahlrecht verlangen. Die Redner aller Parteien traten für die Wünsche der Gemeindevorstände ein; die Regierung erklärte sich aber aus allerhand nichtsagenden Gründen dagegen. Die zweite Kammer stimmte der Petition einstimmig zu und überwies sie der Regierung zur Kenntnisnahme.

Dann wurde der wichtige Gesetzesentwurf betreffend Reform der Landgemeindevorstände beraten. In der Gesetzgebungsdeputation sind gegen die Stimmen der Sozialdemokraten alle Verbesserungsanträge abgelehnt worden, vor allen Dingen die auf Einführung des gleichen Wahlrechts für alle Gemeindevorstände, auf Wahl an einem Sonntag zc. . . Die Anträge wurden heute im Plenum wiederholt; es wurde namentliche Abstimmung besonders über den Wahlparagrafen von uns beantragt. Unsere Anträge wurden aber in namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen unserer Partei abgelehnt, ebenso unser Antrag, die Wahl an einem Sonntage vorzunehmen. Die Freisinnigen stimmten bei den verschiedenen Paragrafen sehr verschiednen, einer oder der andere stimmten dafür und wieder dagegen; es war ein wirres Bild. Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß diese Reform der Landgemeindevorstände den Namen Reform überhaupt nicht verdient. Eine grundlegende Änderung der ganzen Gemeindevorlage ist eine dringende Notwendigkeit, ist wohl aber noch lange nicht zu erwarten. Sedenfalls ist vor dem ganzen Lande wieder einmal der Klassencharakter unserer Gesellschaft durch die von uns beantragte Abstimmung bei der Beratung am Dienstag dargestellt worden.

### England.

Im Unterhause wurde der Vorschlag der Arbeiterpartei, in die Bill den Mindestlohn von 5 Schilling einzufügen, mit 326 gegen 83 Stimmen abgelehnt.

### China.

Noch immer keine Ruhe. Aus Kuldsha wird gemeldet: In der Nähe von Schicho (Dschingol) hat eine große Schlacht zwischen Regierungstruppen und Revolutionären stattgefunden. Die Regierungsmarine aus

Urumtschi wurde geschlagen, sie verlor 1500 Tote, 80 Gefangene, 3 Geschütze und viel Munition und Proviant. Die Revolutionäre hatten 200 Tote. Sie bringen jetzt weiter nach Schicho vor. — Die Gesandten Deutschlands, Englands und der Vereinigten Staaten haben ein gemeinsames Memorandum überreicht, in dem nach kurzer Darlegung der seit dem 27. Februar von der internationalen Bankengruppe über die Finanzierung der chinesischen Regierung gepflogenen Verhandlungen der Standpunkt vertreten wird, daß eine englisch-belgische Anleihe einen Wortbruch darstelle, und gegen diese neue Anleihe entschiedener Protest erhoben wird.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 27. März.

**Achtung Fabrikarbeiter!** Die Arbeiter der Chemischen Fabrik Ahrens böt (Ing. Dr. C. Christ) befinden sich in Lohn Differenzen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

**Zuzug von Arbeitern und Arbeiterinnen nach dem Stanz- und Emaillewerk von Karl Thiel und Söhne** ist streng fernzuhalten.

Das Lübecker Arbeitersekretariat veröffentlicht seinen ersten Jahresbericht, der wieder Zeugnis von einer erfreulichen Fortentwicklung dieser von der organisierten Arbeiterchaft Lübecks gegründeten und unterhaltenen wirklich unparteiischen Rechtsauskunftsstelle gibt. Die Besucherziffern, Auskünfte und Arbeiten haben eine bedeutende Steigerung erfahren. Und das, trotzdem in Lübeck von gegnerischer Seite alles versucht wird, dem Arbeitersekretariat das Wasser abzugraben. Besonders hat man dort Wert darauf gelegt, die Beamten, Bauern, Landarbeiter und Unorganisierten für sich zu gewinnen und sie vor jeder Berührung mit dem Arbeitersekretariat zu behüten. Ein selbige schlagender Beweis, ein Beweis aber auch für das Vertrauen, das sich unser Sekretariat in den weitesten Kreisen erworben hat. Die Besucherziffer betrug: 16 122 (14 858) die eingeklämmerten Zahlen bedeuten die des Vorjahres. Within 1764 Besucher mehr als im Vorjahre! Die Zahl der Besuche überstieg diejenige des Vorjahres um 2171, sie betrug 14 406 (12 234). Die Zahl der Auskünfte war: 15 704 (13 978). Die Zahl der angefertigten Schriftstücke: 4116 (3407). Wiederholt erschienen auf dem Sekretariate 1872 (1401) Personen. Erteilt wurden nach auswärtig auf Grund ebenjoviel Anfragen 416 (260) schriftliche Auskünfte. Im Berichtsjahre sind 12 628 (10 932) neue Fälle bearbeitet worden. Das Organisationsverhältnis der Besucher war ein noch besseres wie im Vorjahre. Es beträgt 1911 52,06 Prozent gegen 50,54 Prozent im Vorjahre. Auch die Zahl der Beamten, Landwirte, selbständigen Gewerbetreibenden pp. ist wiederum gewachsen. Von den 16 122 Besuchern waren organisiert 8398 und zwar nur gewerkschaftlich 5248, nur politisch 317, gewerkschaftlich und politisch 2828. Dazu kommen noch 213 Vereine, Organisationen und Behörden. Der Rest ist unorganisiert. Interessant ist, daß die Hilfe des Arbeitersekretariats auch von einer ganzen Anzahl Mitglieder gegnerischer Organisationen, wie Christliche Gewerkschaftler, S. D. Gewerksvereiner, D. N. Handlungsgehilfen-Verband, Handlungsgehilfen (A. B. von 1858) 9, Leipz. Handlungsgehilfen-Verband, Werkmeister-Verband, Sennerverband, Schmiedler Verein und usw. in Anspruch genommen wurde. Gewiß eine treffliche Illustration seiner Unparteilichkeit. Besonders tritt auch die Entwicklung des Landarbeitersverbandes zutage. Während wir 1910 nur 92 Mitglieder der genannten Organisation verzeichneten, beträgt 1911 die Zahl der organisierten Landarbeiter und ihren Angehörigen 262. Das Sekretariat wurde 1911 von 18918 Arbeitnehmern und deren Angehörigen, von 1996 selbständigen Gewerbetreibenden, Landwirten, Rentnern, Beamten und deren Angehörigen, sowie von 213 Vereinen, Behörden und Organisationen in Anspruch genommen. 12 449 Besucher des Sekretariats hatten ihren Wohnsitz in der Stadt Lübeck, 1414 auf dem lübschen Landgebiet; die übrigen verteilten sich auf das Deutsche Reich und Österreich. Gegenstand der Auskunftsarbeiten waren: a) Arbeiterversicherung, Unfallversicherung 1905, Invalidenversicherung 711, Knappschaftswesen 3, Krankenversicherung 457, zusammen 3076. b) Arbeits- und Dienstvertrag, Kündigung und Lohnforderung 1114, Lehrlingswesen 302, Gebührendverhältnisse 1180, Seemannsordnung 78, Arbeiterschutz 40, Zeugnisse und Legitimationspapiere 617, Sonstiges 44, zusammen 3375. c) Bürgerliches Recht, Sachenrecht 1198, Familienrecht 1109, Erbschaftsachen 1069, Mietrecht 1122, Schadenersatz und Haftpflicht 354, Pfändung 556, Zivilprozesswesen 338, Sonstiges 14, zusammen 5760. d) Vereins- und Versammlungsrecht 41, e) Strafrecht 1123, f) Gemeinde- und Staats-Angelegenheiten: Steuerwesen 291, Staatsangehörigkeit, Bürgerrecht 783, Armenangelegenheiten 209, Fürsorgeerziehung 10, Schul- und Kirchenwesen 183, Militärwesen 305, Sonstiges 5, zusammen 1786. g) Arbeiterbewegung 215, h) Privatversicherung 151, i) Handels- und Gewerbesachen 102, k) Diverse 75. Die Gesamtzahl der Auskünfte belief sich auf 15 704. Die persönliche Vertretung vor richterlichen Instanzen war in 109 Fällen erforderlich. Der Betrag der durch die Streitverfahren erzielten Renten oder höheren Renten betrug bei der Unfallversicherung 17 561 Mk., Invalidenversicherung 2758 Mk. Außerdem sind durch Vermittlung des Arbeitersekretariats auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechtes, Gefändesachen pp. für die Besucher größere Summen — in Höhe von mehreren tausend Mark — eingegangen und den Empfangsberechtigten übermüht worden, die nicht als unmittelbare Streiterfolge verbucht sind, sondern nur als Ein- und Ausgänge verzeichnet wurden.

Die offenen Verkaufsstellen dürfen am 30. März, 6. April, 25. Mai, 14., 16., 17., 18., 19., 20., 21. und 23. Dezember bis 10 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein. Für diese Tage finden zugleich die Bestimmungen des § 139c, nach welchen den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 10 beziehungsweise 11 Stunden, sowie Mittagspausen von bestimmter Dauer zu gewähren sind, keine Anwendung. Während der Zeit, während welcher die Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, ist das Feilbieten von Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestimmung von Haus zu Haus im stehenden Gewerbebetriebe sowie im Gewerbebetriebe im Umherziehen verboten.

**Minderjährige und Abzahlungsgehefte.** Das Recht der Minderjährigen, Verträge abzuschließen, ist durch das Bürgerliche Gesetzbuch besonders geregelt. Ein Minderjähriger ist nach den Bestimmungen jenes Gesetzes nur teilweise geschäftsfähig. Er kann also nicht ohne weiteres nach Belieben Verträge abschließen, sondern nur solche, durch die ihm Vorteile, nicht aber Nachteile erwachsen. Zu einer Willenserklärung, sagt das Gesetz, durch die er nicht lediglich

einen rechtlichen Vorteil erlangt, bedarf er der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters. Der Minderjährige kann also zum Beispiel eine Schenkung ohne Genehmigung seines gesetzlichen Vertreters annehmen, geht er aber einen Vertrag mit einem Abzahlungsgeschäft ein, so ist er an die Einwilligung der Genehmigung gebunden. Schließt der Minderjährige trotzdem einen den vorstehenden Bestimmungen zuwiderlaufenden Vertrag ab, ohne die erforderliche Genehmigung des gesetzlichen Vertreters einzuholen, so hängt die Wirksamkeit des Vertrages von der Genehmigung des Vertreters ab. Derjenige, der mit einem Minderjährigen einen Vertrag abschließen will, kann sich nun dadurch Klarheit verschaffen, ob der Vertrag genehmigt wird, daß er den gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen auffordert, sich zu erklären. Erklärt sich dieser innerhalb 14 Tagen nicht, so gilt seine Genehmigung als verweigert, der Vertrag also als nicht geschlossen.

Diese Gesetzesvorschriften werden natürlich nicht in allen Fällen beobachtet. Besonders gibt es gewissenlose Reisende, die sich an junge, unerfahrene Arbeiter und Arbeiterinnen herandrängen, um ihnen eine größere Bezahlung auszusprechen. In den meisten Fällen wird aber gar kein Versuch gemacht, die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters einzuholen. In der Regel erfährt dieser vom Vertragsabschluss erst dann, wenn die betreffende Firma mit dem Minderjährigen wegen Zahlung in Streit geraten ist. Arbeiterinnen versuchen man auf diese Weise oft Gebilde, Kleiderstoffe, Blusen usw. durch allerlei Vorspiegelungen aufzuhängen, während man bei jugendlichen Arbeitern Bücher abzulesen versucht, deren angebliche Vorzüge in das hellste Licht gestellt werden, um sie an den Mann zu bringen. Zeure Nacht-Literatur, deren Preis meist in einem Mißverhältnis zum Inhalt steht, gehört zu den täglichen Anpreisungen.

So hatte z. B. vor kurzem ein Vertreter einer Berliner Verlagsbuchhandlung einem minderjährigen, schwachsinigen Arbeiter ein Werk aufgedrängt, das 33 Mk. kostete. Der Reisende hatte sich dem jungen Mann auf dem Heimweg aus der Fabrik zugesellt; ihm einen Probekorb mit schönen Abbildungen gezeigt, und ohne besondere Mühe gelang es ihm, nachdem vorher noch ein Glas Bier spendiert worden war, den jungen Mann zu fangen. Da als Ort der Klage stets der Sitz der Firma in Frage kommt, so ist es für die klagende Firma sehr leicht, ein obliegenden Urteil herbeizuführen. Den Vogel abgeschossen hat aber jetzt die Verlagsbuchhandlung von G. in Dresden. Ein Reisender dieser Firma brachte es nämlich fertig, einem 17-jährigen Fortbildungsschüler eine Bestellung auf das bekannte Werk „Die Frau als Hausärztin“ abzunehmen. Das klingt zwar schier unglücklich, ist aber Tatsache. Obwohl die Firma Aufklärung erhielt, trat sie doch nicht vom Vertrag zurück. Im Gegenteil, als der gesetzliche Vertreter Einspruch gegen diese widersinnige Bestellung erhob, schenkte die Firma dem Widerspruch nicht nur kein Gehör, sondern ließ dem jungen Mann durch einen Rechtsanwalt eine Klageandrohung zugehen. Natürlich wird die Firma in diesem Falle mit einer Klage abblühen. Dieses Beispiel lehrt aber, daß Eltern und Vormünder ihre Kinder und Mündel dahingehend aufklären müssen, daß sie jede Verlastung durch einen Reisenden zurückweisen.

**R. Schöffengericht.** Sitzung am 26. März. Unabkömmlichkeit im Betriebe ist kein ausreichender Grund für das Fernbleiben aus der Gewerbeschule. Eine Entscheidung, die für jeden Meister, der Lehrlinge beschäftigt, von Wichtigkeit sein dürfte, fällt das hiesige Schöffengericht, vor dem sich der Schlossermeister B. von hier verantworten mußte, weil er die Verantwortung der Lehrlinge, die sich auf seine beiden Lehrlinge bezogen, unterlassen hatte. In der Abwesenheit des Angeklagten hatten die beiden Lehrlinge mit dem Gesellen auswärts gearbeitet. Als sie nun die Arbeit eines Abends verlassen wollten, um die Gewerbeschule zu besuchen, beauftragte der Geselle die jungen Leute, weiter zu arbeiten, da die Arbeit fertig werden sollte. Infolgedessen blieben sie von der Schule fern. Nun erhielt Herr B. Fehlanzeigen vom Direktor der Gewerbeschule, unterließ es aber, auf sie zu antworten. Außerdem wurde gegen ihn Klage erhoben, weil er das Fehlen seiner Lehrlinge nicht vorher angezeigt hatte. Dieses Verfahren wurde jedoch eingestellt, da inzwischen Verjährung eingetreten war. Es kam also nur die Nichtbeantwortung der Fehlanzeigen in Betracht. Wegen dieses Vergehens wurde er zu einer Geldstrafe von 4 Mk. verurteilt. Das Gericht führte u. a. aus, daß Unabkömmlichkeit im Betriebe im allgemeinen als kein ausreichender Grund für das Fernbleiben aus der Gewerbeschule gilt. — Ein Heimattöser. Der Arbeiter B. hatte sich zweimal bei der Polizei als obdachlos gemeldet. Es wurde ihm gesagt, daß er am dritten Tage eine Wohnung haben müsse. Nun bemühte er sich auch, eine zu finden. Ein Kollege von ihm wollte sein Zimmer mit ihm teilen und befiel ihn eine Nacht bei sich. Am anderen Morgen ging B. fort, um sich Arbeit zu suchen. Inzwischen hatte sein Kollege die Absicht, ihn bei der Polizei anzumelden, jedoch war dessen Wirtin nicht mit der Abmachung der beiden Kameraden einverstanden und so unterblieb denn die Anmeldung. B. mußte aber von allem nichts. Er glaubte vielmehr, sein Kamerad habe die Angelegenheit erledigt und hoffte, am Abend wieder bei ihm ein warmes Bett zu finden. Der Traum wurde ihm zerstört; man nahm ihn nämlich fest. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Wochen Haft, außerdem soll er der Landespolizeibehörde überwiefen werden. In Betracht kamen seine 26 Vorstrafen. — Wegen Fahrlässigkeit wurde der Bierfahrer W. zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Er soll am Hofsteiner einen geringfügigen Zusammenstoß mit der Straßenbahn verschuldet haben. — Ein verurteilter Heiratsschwändler. Die Liebe macht den Menschen dumm — dieses Motto hatte sich der Tiefbauunternehmer P. o. n. b. e. r. g. aus Hamburg für sein Schwindelunternehmen gewählt. Er hatte sich nämlich in Hamburg und Lübeck als Heiratsvermittler niedergelassen. In allen Zeitungen Deutschlands erließ er die verheißungsvollsten Inserate, die ungefähr folgendermaßen lauteten:

„Fräulein, hier fremd, sehr vermögend, Besitzerstochter, angenehmes Äußere, wünscht sich bald mit solchem Herrn zu verheiraten. Off. u. um.“

Der Erfolg war einzig. Wie viele Männer eine reiche Frau suchen und wie groß die Zahl der verlebten Dummen ist, beweist die Tatsache, daß der Angeklagte innerhalb dreier Tage von 26 Zeitungs-Expeditionen nicht weniger als 326 Offerten bekam, zu deren Beantwortung er sich sogar eine Kontoristin halten mußte. Nicht eine einzige heiratslustige Dame hatte er an der Hand. Dennoch ließ er sich 10 Mk. Vorschuß geben, und es gelang ihm, sich in kurzer Zeit auf diese Art über 600 Mk. zu erwirtschaften. Als Heiratsvermittler nannte er sich C. K. o. t. e. n. b. e. r. g. Der Angeklagte ist eine geschickte Kriftz und wegen Betruges bereits vorbestraft. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis, 600 Mk. Geldstrafe und drei Jahren Ehrverlust.

**Eine Mondfinsternis** steht in der Nacht vom 1. zum 2. April bevor. Sie beginnt um 10 Uhr 26 Min. und dauert bis 12 Uhr 2 Min. und ist in Europa, Asien, Afrika, Südamerika und der westlichen Hälfte Australiens sichtbar. Zur Zeit der Mitte dieser Finsternis steht der Mond im Scheitelpunkt eines Ortes von 27 Grad 49 Min. östlicher Länge von

Greenwich und 3 Grad 56 Min. südlicher Breite. Die Finsternis ist übrigens unbedeutend, denn zur Zeit der Mitte wird kaum ein Fünftel des scheinbaren Monddurchmessers vom Schatten der Erde bedeckt sein.

**Überfahren** wurde gestern Abend kurz nach 6 Uhr beim alten Bahnhof ein Radfahrer von einem einpännigen Fuhrwerk. Der Radler, ein älterer Arbeiter, trug eine Verwundung davon. Nachdem ihm von einem Arzt ein Notverband angelegt war, wurde der Bedauernswerte mittels Sanitätswagen seiner Verwundung zugeführt. Das Hinterrad des Fahrrades wurde total zertrümmert.

**Spiele nicht mit Schießgewehren.** In der Nähe der Vorwerker Fliegelei wurde am Sonntag einem Kaufmannslehrling von seinem Kameraden ein Auge ausgehauen. Der Verletzte mußte ins Krankenhaus gebracht werden, um sich einer Operation zur Entfernung der Kugel zu unterziehen.

**pb. Verschwundener Handwagen.** In der Nacht vom Sonnabend, dem 23. zum Sonntag, dem 24. d. M. ist ein auf dem Marienkirchhof aufgestellt gewesener zweirädriger Handwagen abhanden gekommen und vermutlich von einem Unbefugten benützt und irgendwo hingestellt worden. Der graugestrichene Wagen hat eine neue Decksel.

**pb. Festgenommen** wurde ein hiesiger Gelegenheitsarbeiter, der am 22. d. M. von einem Handwagen eine Schlauchverklebung aus Messing gestohlen hat. Er hatte sie bereits an einen Produzentenhändler verkauft.

**pb. Diebstähle.** Am Dienstag, dem 26. d. Mts. ist auf dem hiesigen Schlachthofe eine graue Pferdedecke mit weißen Streifen abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. — In der Nacht vom 25. zum 26. März sind aus dem Hintergarten eines an der Israelbörfer Allee gelegenen Hauses sieben Paar schwarze Kinderstrümpfe, gez. A. S. M. C. G., drei Paar schwarze Strümpfe für Erwachsene, gez. W. G. und S. G., ein Herren-Normalhemd und eine Herren-unterhose abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen, Donnerstag 7 1/2 Uhr geht zum Besten der Genossenschaft deutscher Bühnen-Angehöriger Mollers Lustspiel „Der eingebildete Kranke“ und hierauf das Lustspiel „Die Diensthöfen“ von Benedix in Szene. Die beiden Hauptrollen im „Eingebildeten Kranken“ werden von Herrn Direktor Fuchs und Frä. Vog als Gast gespielt werden. In den übrigen Rollen sind die Damen Laudien, Bormann, Gerlach, Hilbrecht, Kemner, Kabisch, sowie die Herren Schürer, Albert, Penzeder, Pauly, Schwesiguth, Böhmke und Heine beschäftigt. — Am Freitag, abends 8 Uhr erscheint Beethovens große Oper „Fidelio“ nochmals auf dem Spielplan.

## Arbeiter, Parteigenossen!

### Erwerbt

## das läbeckische Bürgerrecht!

**Krems I bei Segeberg.** Ein schwerer Unglücksfall hat sich Montag nachmittag auf der Chaussee zwischen Mözen und hier zugetragen. Der Arbeiter August Lüth kam mit Fuhrwerk von Segeberg zurück, wo er Einkäufe gemacht hatte. Unterwegs ist er mehrmals vom Wagen herabgestiegen, bei dieser Gelegenheit wohl gefallen und unter die Räder geraten. Der Wagen ging über ihn hinweg und tötete den Unglücklichen auf der Stelle. Das Fuhrwerk wurde später in Krems angehalten. Lüth hinterläßt Frau und Kinder.

**Glücksburg.** Wegen Unterschlagung in 14 Fällen verurteilte die Strafkammer den früheren Gerichtskretär M. a. b. u. k. aus Lönbern zu einer Gesamtstrafe von 8 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte war wegen Trunksucht aus dem Dienste entlassen worden und hatte dann die Straftaten in seiner Eigenschaft als Rechtskonsulent begangen. Als ihm hier der Boden zu heiß wurde, war M. nach Dänemark geflüchtet, wurde aber in Odense verhaftet und, nachdem er dort 9 Wochen in Haft gehalten war, an Deutschland zur Bestrafung ausgeliefert.

**Alpenrabe.** Aus der besten der Welten. Ein tragisches Ende nahm das Leben des 74 Jahre alten Christian Peteren in Groß-Jünderwitz. Der alte Mann hatte sich eine aus einem Zimmer bestehende Kellermwohnung gemietet. Während der strengen Kälte des verflohenen Winters soll es häufig vorgekommen sein, daß er nicht genügend Heizmaterial hatte. Er ernährte sich kümmerlich mit Binden von Schrubbern und Flechten von Wienterböden. Als man vor einigen Tagen ihn nicht mehr sah und in seine Wohnung drang, fand man an einem Balken mitten im Raum hängend, den entseelten Leichnam des Greises. Man schnitt den Leichnam herunter und bahrte ihn auf. Als man nun die Leiche fortzuschaffen wollte, zeigte es sich, daß sie von Ratten angefressen war. — Eine schöne „göttliche Weltordnung“!

## Theater und Musik.

**Neues Stadttheater.** „Der Graf von Gleichen“, Schauspiel von Wilhelm Schimidtbonn. Der Graf von Gleichen hat an den Kreuzzügen nach dem „heiligen Lande“ teilgenommen. Bei seiner Rückkehr wird er von den Türken ergriffen und gefangen gesetzt. Endlich, nach zwölf langen Jahren, erbarmt sich eine junge Türkin des Grafen und befreit ihn, der ihr verspricht, sie mit in seine Heimat zu nehmen und sie zu seinem Weib zu machen. Dagegen trauern aber schon Frau und Kinder um den verloren geglaubten Gatten und Vater. Der Verschollene kehrt nach langer Fahrt zu seiner Burg zurück, an seiner Seite die junge Befreierin. Die Gräfin, die solange ihres Mannes in Treue und Sehnsucht gewartet hat, soll nun seine Liebe mit der Türkin teilen. Das vermag sie nicht. Ihr heißes Gefühl für ihren Mann treibt sie dazu, die Nebenbuhlerin durch einen Sturz in den Abgrund zu töten, um den geliebten Gatten allein zu besitzen. Dieser wendet sich jedoch mit Abscheu von ihr und geht in den Tod.

Das ist in ganz kurzen Zügen die Handlung des von Herrn Schmidt aus Bonn sehr hübenwirksam gestalteten Schauspiels. Der tragische Konflikt in dem dreieckigen Verhältnis ist packend herausgearbeitet worden. Mancherlei Mängel in der Form des Schauspiels beeinträchtigen den Eindruck des Ganzen ein wenig.

Die Wiedergabe des „Grafen von Gleichen“ an unserer Bühne interessierte hauptsächlich durch die hervorragende Leistung des Frä. Veitke als Gräfin. Mit hinreißender Leidenschaft und echtem, aus dem Innern quellenden Empfinden gab sie die Frau, die um die alleinige Liebe des Gatten wie eine verwundete Löwin kämpft. Auch Herr Vog verstand es, dem Grafen lebensvolle Züge zu verleihen. Die

Türkin wurde von Frä. Hilbrecht mit gewinnender Anmut verkörpert. Für die vortreffliche Inszenierung des Schauspiels ist Herr Regisseur Bruno zu danken. P. L.

## Genossenschaftsbewegung.

Ein verständiges Urteil über die Konsumvereine fällt in „Reclams Universalium“ Herr Dr. Alexander Elster am Schluß eines Artikels über Märkte, Jahrmärkte und Konsumvereine. Es heißt dort:

„Die Konkurrenz, die auf allen genannten Wegen dem ortsanfälligen Detailhandel bereitet wird, steht wesentlich zurück hinter der Konkurrenz der Konsumvereine. Diesen gilt der große Haß der Ladeninhaber und der Mittelstandspolitiker. Die wissenschaftlichen Stimmen, die durch keine Interessenspolitik beengt sind, haben aber durchweg den Konsumvereinen das Wort geredet, und wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß heutzutage keiner ein Privilegium hat, den Zwischenhandel zu betreiben, so muß auch eine Einrichtung gutgeheißen werden, die auf der Grundlage genossenschaftlichen Zusammenschlusses den Bezug der Bedarfsmittel verbilligt und Zwischengewinne, die durch keine produktive Tätigkeit gerechtfertigt werden, ausschaltet. Aber auch da gilt der Satz, daß nur der auf die Dauer sich halten und bestehen kann, der gute Ware preiswerter oder bessere Ware zu gleichem Preise liefert. Die Züchtigkeit, die Organisation, das Kaufmännische entscheidet auch hier. Es ist vorgekommen, daß Hausfrauen sich vom Konsumverein abgewandt haben, weil ihre besonderen Wünsche dort nicht erfüllt werden konnten und sie das Rivaleitende des Konsumvereinswesen nicht liebten. Ein demokratischer Zug liegt zweifellos in dieser modernen Einrichtung, und wer patriarchalisch fühlt, geht lieber zum Einzelkaufmann. Am letzten Ende aber muß die Funktion der Konsumvereine, die für Stapelwaren des täglichen Lebensmittelbedarfs eine einträgliche Wohlfeilheit ermöglicht und dem letzten Konsumenten gute Ware gewährleistet, als volkswirtschaftlich günstig bezeichnet werden, zumal sie auch dazu beitragen, die Einzelkaufleute rühriger, kulanter und tüchtiger zu machen.“

Es ist erfreulich, daß in einem so weitverbreiteten Blatte so vorurteilslose Anschauungen vertreten werden, die wohlthuend abheben gegen das blöde Verdammungsurteil, das im allgemeinen über die Konsumvereine in weiten Kreisen beliebt wird!

## Handels- und Marktnachrichten.

**Hamburger Steinschau-Viehmarkt vom 26. März.**  
Auftrieb 6800 Schweine. Markt sehr langsam. Absatz — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebensetzender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 68,— bis 69,— (55,— bis 55,— Mt.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 67,— bis 68,— (53,50 bis 54,50) Mt. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 67,00 bis 68,00 (52,50 bis 53,00) Mt. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 66,— bis 67,50 (51,50 bis 52,50) Mt. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 58,— bis 66,00 (44,00 bis 50,00) Mt. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 65,— bis 67,00 (52,50 bis 53,50) Mt. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 53,00 bis 64,00 (41,50 bis 50,—) Mt.

## Literarisches.

**Eingegangene Schriften und Bücher.**  
„Sozialistische Monatshefte“, Heft 6.

**Unfallgefahren und Unfallschutz in der Holzindustrie.** Verhandlungen der Konferenz der Maschinenarbeiter, Schneidemüller und Säger im November 1911 in München. Von der vom Verlag G. Vitz & Co. in München herausgegebenen Sammlung **Süddeutsche Volksbücher** liegen jetzt Heft 2 und 3 vor. In ersterem behandelt Paul R. a. m. p. f. f. m. e. y. e. r. unter dem Titel: **Sozialdemokratie und Kirchentum**, unsere Stellung zu den Staatskirchen und unterzieht dabei die Herrschaftsgelüste der Klerikel einer einschneidenden, auf historischen Tatsachen beruhenden Kritik. — Nicht minder gründlich greift der gemäßigteste ehemalige Bürgermeister Schü. d. i. n. g. das preußische Verwaltungssystem an, dessen Rückständigkeit auf dem Dreiklassenwahlrecht beruht und das der Titel: **Das Glend der preussischen Verwaltung**, ebenso drastisch als umfassend ausbrüht. Der Preis jedes Heftes der Süddeutschen Volksbücher beträgt 40 Pfg.

## Briefkasten.

**Verfassung.** 1) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im neuen Reichstage eine Reihe Verfassungsanträge gestellt, die im wesentlichen die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für jeden Bundesstaat, die Mitwirkung des Reichstages bei Kriegserklärungen, die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber dem Reichstage und das Recht des Reichstages zur Einsetzung von Kommissionen zur Untersuchung von Tatsachen fordern. Diese Anträge sind noch nicht zur Abstimmung gekommen. Die sozialdemokratische Fraktion hat aber schon in früheren Jahren ähnliche Anträge, die sich u. a. auch auf Neueinteilung der Reichstagswahlkreise erstreckten, gestellt. Dieselben sind aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und teils der Fortschrittler, teils des Zentrums, abgelehnt worden. 2) Die soziald. Fraktion stimmt gegen das Bürgerliche Gesetzbuch, gegen die Reichsversicherungsordnung, gegen das Reichsvereinsgesetz und gegen den Zolltarif von 1902. Der Grund ist darin zu suchen, daß sämtliche sozialdemokratischen Anträge auf Verbesserung dieser Gesetze zugunsten der unteren und mittleren Volksschichten abgelehnt wurden und daß sie die Gesetze in ihren Hauptbestimmungen für unzureichend hielt. Dagegen stimmt sie für das Versicherungsrecht für Angestellte, für das Hausarbeitsgesetz und die elsass-lothringische Verfassungsreform, weil sie trotz Ablehnung einer Anzahl sozialdemokratischer Verbesserungsanträge doch einen Fortschritt gegen den bisherigen Zustand darstellen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübecker Volksboten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Schmidt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Steffing. Verleger: L. H. Sch. w. a. r. g. Druck: F. r. i. e. d. r. M. e. n. e. r. u. G. Sämtlich in Lübeck.

# Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Gesucht zum 1. Juli eine Zwei-Zimmer-Wohnung vor dem Burgtor von Leuten mit einem Kind. Ang. u. S S an die Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. Juli eine Zwei-Zimmer-Wohnung im Preise bis 280 Mark. Ang. u. H S an die Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. Juli eine Zwei- bis Drei-Zimmer-Wohnung in der Nähe der Glockengießerei, von zwei einl. Leuten. Off. u. N O a. Exp.

Gesucht zum 1. Juli eine Zwei-Zimmer-Wohnung von einl. Ehepaar. Hofkeller, Stb. Angeb. in Preis unt. H J an die Exp. d. Bl.

**Frauen gesucht**  
August Schumacher  
Ernestinenstraße 3.

**2 Kaufburichen**  
außer der Schulzeit gef. Hüft. 52.

**Ein Mädchen**  
außer der Schulzeit zu sofort gef. St. Annenstraße 18. part.

Ein alter Parteigenosse sucht 150 Mk. auf ein halbes Jahr gegen gute Sicherheit. Angebote unter S P an die Expedition dieses Bl.

Zum 1. Juli oder später sind 4000 Mk. zu belegen. Angebote unter H P an die Exped. dies. Bl.

Umständehalber ein Haus mit 4 Wohnungen zu verkaufen, in der Nähe der Schwartauer Allee. Angebote unter C an die Exp. d. Bl.

Kleines Haus, Wafenigauer 54, enth. 5 Zimm. u. Zubeh. Hof, Stall zu verk. 4500 Mk. Anz. 1000 Mk.

Ein Schraubstock zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter M G an die Expedition dieses Bl.

Ein guter Kinderwagen mit Gummireifen billig zu verkaufen. Friedenstraße 26, II.

Ein großer 2türig. Kleiderschrank billig zu verkaufen. Broilingstraße 16. part.

Mehrere Hund Scharlotten zum Pflanzen zu verkaufen. Ritterstraße 6a.

**1 dunkelblauer Kinderwagen**  
auf Gummireifen zu verkaufen. Gloginstraße 3.

**Rosenkartoffeln**  
zu verkaufen. Krähnenstraße 26.

Süßes Meien u. u. b. und Perlbohnen zum Pflanzen zu verk. abds. n. 6 Uhr - Gloginstr. 3 a. III.

**1 Sportwagen**  
zu verkaufen. Feldstraße 16, II.

Bruteier von prämi. goldgelben und reibhühn. Italienern, Flotte Geier Friedenstraße 69.

**Belgische Riesenkaninchen**  
mit Stagenstall billig zu verkaufen. Glawigstraße 21a, I.

**Geschäfts-Eröffnung!**  
Dem geehrten Publikum hierdurch die Mitteilung, daß ich am Freitag, dem 29. März  
Kronsforder Allee 125, Ecke Feldstraße  
eine **Schlachterei und Würstmacherei** eröffne.  
Um gütigen Zuspruch, bittet  
Hochachtungsvoll  
Friedrich Kunze.

**Käse! Billig!**  
1000 Stück vollfette u. fette Tilsiter, zirka 6 Pfund schwer, nach Güte 50, 75 Pfg. u. 1 Mk. per Stück.  
1000 Stück Woriner Fettkäse, sonst 35 Pfg., jetzt 10 Pfg. pro Stück.  
Fleischhauerstraße 48. Kleinverkauf vom Engros-Lager.

**Käse-Lager** Schlumacherstr. 12 Große Post  
Tilsiter Fettkäse a 20-30 Pfg.  
Detail-Verkauf auf der Diele.

**Konfirmations-Karten**  
in großer Auswahl  
**Lübecker Gesangbücher**  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

**Hüte** werden elegant angefertigt, vorjährige leicht modernisiert.  
E. Rieckermann Ww.  
Sandstraße 4, III.

**Startoffelland**  
wird vermessen, am Donnerstag, d. 28. März und Sonnabend, den 30. März, von 5 Uhr abends an, auf der Koppel hinter Hartwigs Baum-schulen, Eingang Triftstr. Route 60 Pfg. **Gebüder Reshöft.**

Gelbfach. Wagn. von Startoffeln, 100 Pfd. 4.50, 10 Pfd. 50 u. 55 Pfg., Speisefart. 100 Pfd. 4.20, 10 Pfd. 45 Pfg. frühe gelbe Erb- und Pfanzartoff. C. Prestin, Fleischhauerstr. 60.

**Ochsenfleisch, Schweinefl.,** sowie **Wurstsorten** empfiehlt  
Heinrich Timm, Große Allee-jahre 1.  
Gebe auf alle Waren rote Rabatmarken.

**Neue Hafenfähre**  
G. m. b. H.

**Der Sommerfahrplan**  
für 1912 ist erschienen und kann im Kontor, Untertrave 59, entgegen-genommen werden.

**Carl Folkers**  
**Möbelmagazin**  
25 Marlesgrube 25.  
Vollst. Wohnungseinrichtungen.  
Selbstgefertigte Arbeiten.  
Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
Weitgehendste Garantie.

**Zimmereinricht. stets vorrätig.**  
Lieferung frei Haus  
auf eigenem Möbelwagen.  
: Teilzahlung gestattet :  
Bei Barzahlung Rabatt.  
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Donnerstag morgen auf dem Schwartauer Marktplat: Gold-but, Dorsch, Fischcarbonade, See-lachs, Kabeifau.  
Joh. Boy, Lübeck, Königstr. 61.

**Achtung!**  
**Schauerleute**  
Außerordentliche  
**Sektions - Versammlung**  
Donnerstag, 28. März  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tagesordnung:  
Bericht der Lohnkommission über die Verhandlung betreffs der Getreidearbeit.  
Der wichtigen Tagesordnung halber müssen sämtliche Kollegen zu dieser Versammlung erscheinen.  
Der Vorstand.

**Holzarbeiter-Verbd.**  
Zahlstelle Lübeck.

**General-Versammlung**  
der Krankenunterstützungskasse  
am Donnerstag, 28. März  
abends 8 1/4 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
1. Schöpfung der Krankenunterstützung.  
2. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

**Freie Jugend Lübecks.**  
Sonntag, den 31. März 1912  
von nachmittags 4 1/2 Uhr an:  
**Zusammenkunft**  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Vortrag: Weltanschauungen.  
Der Jugend-Ausschuß.

**Dilettanten-Klub „Freiheit“.**  
Großer theatralischer Abend  
am Sonntag, dem 31. März  
(Palmsonntag)  
im Konzerthaus Flora.

Zur Aufführung gelangt:  
1. Die Herren Verbrecher in 3 Akten.  
2. Jochen Michel sien Nachtmittig in 1 Akt.  
Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.  
Karten im Vorverkauf 30 Pfg., an der Kasse 40 Pfg., Kinder und Konfirmanden 15 Pfg. Programm frei. Karten sind zu haben im Konzerthaus Flora, Bartelmann, Hüft. 71, Lexau, Wötkcherstr. 18 und bei sämtlichen Mitgliedern.

**Stadtbekannt**  
ist es bereits, daß man sich in KALNBERG'S  
**UNIVERSUM**  
köstlich amüsiert!  
Beginn 8 Uhr. Ende 12 Uhr.  
Entree 20 Pfg.

**Zentral-Hallen**  
Dankequartier 20.  
Jeden Donnerstag:  
**Tanzkränzchen.**  
Anfang 8 Uhr.  
Ende 12 Uhr.

**Hansa-Theater.**  
Dir.: R. Gollbach.  
Tel. 610. Tel. 610.  
Täglich abends 8 1/2 Uhr:  
**Erstklassige Spezialitäten.**  
u. a.:  
Fongleure, Dressiere, Akrobaten, Segenmeister, Balletts, Soubrette.

Sonntag, den 31. d. M.:  
Große Fremden- und Familien-Vorstellung bei kleinen Preisen.  
Auftreten sämtl. Künstler.

Vorverkauf bei Sager, Kohn, und Niemyer, Breite Straße.

**Neues Stadttheater.**  
Donnerstag, 28. März. 7 1/2 Uhr.  
Außer Boll- und Tages-Abom.  
Bei Mittel-Preisen!  
Zum Besten der Genossenschaft deutscher Bühnen-Angehöriger.  
Einmaliges Auftreten des Dn. Direktor Stanis. Fuchs und Gastspiel Gertrud Botz vom Stadttheater in Breslau.  
**Der eingebildete Kranke.**

Lustspiel von Moliere.  
„Argan“ — Stanislaus Fuchs.  
„Toinette“ — Gertrud Botz a. G.  
Darauf: **Die Diensthoten.**  
Lustspiel von Robert Bénédict  
Anschließend: **Gesinde-Ball**  
in sämtl. Räumen d. städt. Saalbaues.  
Freitag, 29. März. 8 Uhr.  
Boll-Ab. 168. Freitag-Ab. 27.  
**Fidelio.**  
Große Oper von Beethoven.

**Bezugsquellen-Verzeichnis**

Den Lesern bei Einkäufen aufs beste empfohlen

<p><b>Brauereien</b> Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75. Kiefer Schloßbräu, H. A. W. W. Untertrave 95. Feinspr. 1274.</p> <p><b>Bäckereien</b> Paul Barmester, Lübeck, Lg. Lebbg. 48. Dampf-B. u. Kondit. J. Eixmann, Fischergrube 47. H. Jargstorf, Warenortstr. 38. R. Kasch, Fleischhauerstr. 32. Fein-Weiß- u. Großbäckerei. W. Krahn, Fackelnb. Allee 57 a. Ad. Hinzelmann, Westerst. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot. B. Plath, Lübeckstr. 3. W. Steinhoff, Travemünde.</p> <p><b>Beerd. u. Sarg-Mag.</b> Central-Beerdigungsinstitut A. Broderesen, Lebbg. 48. Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen. C. Hornburg, in allen Preislagen. C. Thiessen &amp; Sohn, Wakenstr. 21. Überm. ganzer Beerd. Ebene Leiche- u. Trausportwagen. L. Voh, Lübeck, Schwart. Allee 193. L. Voh, Lager fertiger Särge. L. Voh, Reusefelder. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.</p> <p><b>Beschlagnahmen</b> H. Fackel, Gr. Gloginstraße 14. Hansa J. Dittmann, Beckgrube 31. L. W. W., Warenortstr. 21. L. W. W., Friedenstr. 7.</p>	<p><b>Drogerien</b> W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736. Aug. Prösch, Mühlenstr. 38. Julius Vogt, Germania-Drogerie, Hüftstr., Ecke Kralgsstr.</p> <p><b>Fahrräder, Nähmasch.</b> H. Benthien, Fackelnb. Allee 53. Deutsches Nähmaschinen-Haus <b>Gustav Rath,</b> Frister &amp; Rosmann - Nähmasch. Franz Busse, Wahnstr. 42. Rich. Israel, Alst. 31. Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23. St. Gertrud-Fahrradhaus, Job. Meier, Alst. 12a. Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig. Joh. Meyer, Königstr. 51. Carl Petersen, Malente, Bahnhofsstr. 2. Schwartau, Lübb.-St. u. Krohne, 71. Rep. Sämtl. Ersatz.</p> <p><b>Farben u. Lacke</b> J. Becker, Dornestr. 29. W. Hohenschild, Marlist. 42. T. 736. Ferd. Kayser, Breitest. 81. Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.</p> <p><b>Fleisch- u. Wurstw.</b> Hans Gords, Elswigstr. 1 a. R. Aufschnitt. Gottlieb, Königstr. 104. Gothknecht, Beckerg. 30. Carl Joost, Wuststr. 1. 1450. C. Klein, Pfaffenstr. 14. F. Lohcke, An der Mauer 41 a. F. Mörck, Kupferschmiedestr. 68. W. Pöhl, Wuststr. 44. Wurstfabrik mit elektr. Betr. Jul. Scheber, Gr. Burgstr. 53. Gust. Zach, Kollwitzstr. 32. L. W. W., Pa. Fleisch- u. Wurstw.</p>	<p><b>Friseure, Parfüm.</b> Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42 a.</p> <p><b>Galant-, Spielwar.</b> C. Bitesath, Iwe. Sandstr. 9.</p> <p><b>Handels-Lehranst.</b> Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.</p> <p><b>Haus- u. Küchenger.</b> Joh. Baade, Lübeck, Fackelnb. Allee 34 a. Paul Reher, Tunkenhagen 5. E. Winkelmann Nachf., Eutin. Loris Rathmann, Schwartau.</p> <p><b>Herren- u. Knab.-Gard.</b> Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12 a. Rudolph Karstadt, Eutin.</p> <p><b>Hüte und Mützen</b> Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9. Aug. Trost &amp; Sonn, Holsenstr. 24.</p> <p><b>Kino-Salon</b> <b>Biophon-Theater</b> Breitest. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.</p> <p><b>Kolonial-, Fettwar.</b> Fredder J. Behm, Hansastr. 97. Johs. Breede, Dankwartsgr. 32. Reth. Büsen, Armist. 1 a. Heinr. Franck, Wahnstr. 97. Ludw. Hartwig, Oh. Trave 8. Carl Rudoffske, Marlist. 44. D. Lerch, Lg. Lohberg 31. Ernst Lüth, Spillerstr. 5. H. Schütt, Angustenstr. 14/14 a. F. Semrau, Hüftstr. H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4. Loris Rathmann, Schwartau. J. U. Kröger, Travemünde.</p>	<p><b>Kurz-Weiss-Wollw.</b> O. Sönnenwald, Lindenstr. 39. Paul Remien, Malente, Bahnhofsstr.</p> <p><b>Manufakturwaren</b> Johann Dittmer, Drögest. 12 a. Paul Remien, Malente, Bahnhofsstr. J. Zimmermann, Malente, Bahnhofsstr. Hamb. Engros-Lager, Schwartau. K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.</p> <p><b>Möbelmagazine</b> Möbel-Fabrik, Hintze &amp; Siedt, Moising, Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik. W. Pamperin, Mühlenstr. 47. St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.</p> <p><b>Molkereiprodukte</b> Hansa-Material u. Amme Lübecks u. d. d. Milchprodukten aller Art.</p> <p><b>Meiereien</b> Meierei Rensefeld Inh. Paul Meier, Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter. Meierei Schwartau Inh. Philipp Eitel, Tel. 2144. Milch und fl. Molkereiprodukte.</p> <p><b>Optik u. Mechanik</b> Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 50 Breitest. 50.</p> <p><b>Photogr. Ateliers</b> O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15. Jul. Pingel, Johannisstr. 15. Breitest. 39. Samson &amp; Co., Feinspr. 1057.</p>	<p>Billigste Bezugsquelle für Ölen, Harde, Gaskoher, Grudeölen <b>Adolf Borgfeldt,</b> Fernru 672, Mühlenstr. 38 und 40.</p> <p><b>Putz u. Modewaren</b> B. Dührmann, Holstenstr. 18.</p> <p><b>Empfehlensw. Restaur.</b> Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 88.</p> <p><b>Schreibwaren</b> Aug. Barmester, Lübeck, Fackelnb. Allee 48. M. Maxein Wwe., Moising, Allee 40 a. Wisa Paulsen, Spez.: Briefmarken.</p> <p><b>Schulwaren</b> Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur. Aug. Rostock, Fünfhaus, 5. Rudolph Karstadt, Eutin. Paul Remien, Malente, Bahnhofsstr.</p> <p><b>Seifen, Toilette-Art.</b> Ludwig Hartwig, Lübeck, Oh. Trave 8.</p> <p><b>Stahl-, Eisenwaren</b> Franz Gensmer, Fackelnb. Allee 10 b. Fernru 1031. F. Wichmann, ligger Stahlwaren.</p> <p><b>Tapeten, Linoleum</b> Carl Benke, Lübeck, Königstr. 43 b. Tapeten-Reste. Fritz Rehm, Beckerg. 20.</p> <p><b>Trikot-, Strumpfwar.</b> E. Ehlert, Lübeck, Breitest. 15.</p> <p><b>Uhren-Repar.-Werkst.</b> Amerikanische, Hüftstr. 71. Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.</p> <p><b>Uhren, Goldwaren</b> Uhrmacher August Büttner, Hüftstr. 32. W. Westenthal, Holstenstr. 32. H. Neumann, Schwartau.</p> <p><b>Weine, Spirituosen</b> Fr. Geist, Lübeck, Hüftstr. 8. T. 1038. Fischerg. 43, empf. Prima Weine und Spirituosen.</p>
---	---	---	--	--

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 26. März 1912.

35. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kühn, Kraetke.

Dritte Beratung des Protokolls betr.

### Fortsetzung der internationalen Zuckerkonvention.

von Grabski (W.) bedeutet, daß die Reichsregierung bei den Verhandlungen zu wenig Rücksicht auf die Wünsche der Interessenten genommen hat. Die außerordentlich große Menge Zucker, die Rußland nach dem Vertrage auf den englischen Markt werfen dürfe, müsse preisdrückend auf den Zucker wirken.

Dr. Trendt (Rp.) fragt an, was die Regierung zu tun gedenke, um Umgehungen der Konvention durch Rußland, wie sie vorgekommen seien, zu verhindern und wünscht eine blinde Erklärung, daß Rußland in den nächsten 5 Jahren, während der Dauer der Konvention, keine weiteren Zugeständnisse gewährt werden. Ganz ungeklärt sei das Verhältnis Englands zur Konvention.

Reichssekretär Kühn: Ob England später der Konvention angehören wird oder nicht, wissen wir nicht. Aber England hat erklärt, daß es in jedem Falle seine bisherige Zuckerpolitik nicht ändern wird. Den behaupteten Umgehungen der Konvention werden wir nachforschen; sollten sich die Mittelungen als wahr erweisen, so werden wir natürlich solche Umgehungen zu verhindern wissen.

Bernstein (S.D.): Es ist eigentlich nicht unsere Aufgabe, der Regierung beizutreten in ihrem Kampf gegen die Rechte. Wir sehen die Konvention als kleineres Übel, um die Prämienwirtschaft zu beseitigen. Verzicht auf den Zuckerschutz und die Zuckersteuer, so geben wir die Konvention sofort preis. Natürlich verurteilen wir auch das russische Prämienystem auf das entschiedenste im Interesse des russischen Volkes. Aber eine Änderung kann da nur in Rußland selbst durchgesetzt werden. Gewiß mag es einigen Zuckerrübenindustriellen nicht gut gehen, aber warum haben Sie denn gar kein Gefühl für die Millionen, die den Zucker verbrauchen? Wir betrachten die Dinge nicht vom Standpunkt einer Industrie, sondern der gesamten Volkswirtschaft aus. Die Befürchtung, die Herr Dr. Trendt wegen Schaffung eines englischen Zollverbandes mit seinen Kolonien hegt, ist bei dem jetzt dort herrschenden Regierungssystem ganz unbegründet. Aber gerade die Zuckerpolitik, die die Herren der Rechten bei uns betreiben, das beständige Schaffen von Reibungen zwischen England und Deutschland, treibt gerade dahin, daß die Chamberlainische Politik, die Sie fürchten, wieder ans Ruder kommt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Also wir erkennen zwar die Nachteile der Zuckerkonvention, sehen aber in ihr das kleinere Übel und werden deshalb dafür stimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Graf Kanitz (R.): Herrn Bernstein erinnere ich daran, daß gerade meine Freunde vor einigen Jahren eine Herabsetzung der Zuckersteuer beantragt haben. Eine Kontrolle des Infolge der hohen Exportprämie sehr großen Zuckerexportes aus Rußland dürfte kaum möglich sein; eine Umgehung der Konvention in der Richtung der Ausfuhr über das Kontingent hinaus wird daher kaum zu verhindern sein. (Sehr richtig! rechts.)

Kleye (W.) bedauert ebenfalls die Haltung des Zentrums und beantragt Kommissionsberatung.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt, die Konvention hierauf in der Gesamtabstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Alsdann werden die Wahlen der Abgg. Jekler (W.), Schulenburg (W.), Dunejski (Wole), Dr. Erdmann (S.D.) entsprechend dem Antrage der Wahlprüfungskommission debattelos für gültig erklärt.

## Die Evangelistin.

Psychologische Studie von Alphonse Daudet.

(Nachdruck verboten.)

### Erstes Kapitel.

#### Die Großmutter.

Es ist in der Dämmerung. Zwei Frauen treten in ein kleines Haus der Rue du val de Grace. Sie kommen vom Friedhof, wo man liebt die Großmutter begraben hat; und nachdem die Tür geschlossen und die Freunde fortgegangen, empfinden Frau Ebsen und ihre Tochter, allein gelassen in der engen Wohnung, welche ihnen seit einigen Stunden größer erscheint, und wo der kleinste Gegenstand sie an die Abwesende erinnert, noch tiefer die ganze Grausamkeit ihres Kummer. Selbst da draußen in Montparnasse, als die Erde sich öffnete und ihnen alles nahm, fühlten sie nicht so lebhaft, wie in dieser Fensterrückwand und vor diesem leeren Wehntuhl, den Begriff des Unerföhllichen, den Kummer der ewigen Trennung. Es ist, als wenn Großmutter jetzt eben zum zweitenmal gestorben wäre.

Frau Ebsen ist auf einen Stuhl gesunken und bleibt unbeweglich, niedergebückt in ihrem wollenen Trauerkleide, sie hat nicht einmal die Kraft, den schwarzen Schal abzulegen und den Hut, dessen langer Kreppschleier sich in steifen Eben über ihrem guten, breiten und in Tränen gebadeten Antlitz emporkräubt. Stark die Nase schneuzend, dann die geschwollenen Augen trocknend, zählt sie mit lauter Stimme die Tugenden der Verstorbenen her, ihre Güte, ihre Feiertätigkeit, ihren Mut, sie mischt darin Epitheten aus ihrem eigenen Leben und aus dem ihrer Tochter, lobt ein Fremder, welcher bei diesem Selbstgespräch zugegen gewesen wäre, die Lebensgeschichte dieser drei Frauen vollständig kennen und erfahren würde, nämlich, daß Herr Ebsen ein Ingenieur aus Kopenhagen, durch Erfindungen ruiniert, vor zwanzig Jahren nach Paris gekommen ist, um ein Patent für eine elektrische Uhr zu erhalten, daß die Sache nicht nach Wunsch ging und daß der Erfinder starb, seine Frau mit der alten Mutter im Waisenhof zurücklassend, und zwar so arm, daß sie nicht einmal mußte, wozu sie ihre Niederkunft bestreiten sollte.

Ach! ohne Großmutter, was wäre damals geworden, ohne Großmutter und ihre tapfere kleine Häkelnadel, welche sie Tag und Nacht emsig benutzte, Tischtücher und feine überspannene Guitpür-Spitzen arbeitend, die in Paris noch wenig bekannt waren; und wie dann die alte Dämonin mit in die Handarbeitsgeschäfte ging, um ihre Ware anzubieten! Auf diese Weise hat sie den Hausstand erhalten, und für die kleine Eline eine gute Amme an-

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des Postetats

beim Titel Staatssekretär.

Duffner (Z.): Der in der Denkschrift konstatierte bespieltlose Aufschwung des Postwesens ist sicher mit zurückzuführen auf die im Jahre 1909 durchgeführte Sanierung unserer Reichsfinanzen. Die Befoldungsordnung hat nicht alle Wünsche erfüllt, besonders bei den Aktiven. Jetzt, wo sich die finanziellen Ergebnisse übersehen lassen, sollte man die Unzulänglichkeiten beseitigen. Wir beantragen daher für die Aktiven eine Erhöhung der Bezüge entsprechend dem gesunkenen Geldwert und eine bessere Bezahlung für die Postkassierer und Aktiven. Ferner verlangen wir eine Neuordnung der Tageslöhne der Reichspost- und Telegraphenarbeiter. Auf die angemessene Sonntagsruhe muß mehr Rücksicht genommen werden nicht nur im Post-, sondern auch im Verkehrsdienst. Die Wohnungsgeldzuschüsse für verheiratete Unterbeamte bleiben manchmal hinter denen für unverheiratete Beamten zurück. In der Kommission ist unser Antrag auf Erhöhung des Portos für postlagernde Sendungen leider abgelehnt worden, aber gerade durch diese kommt die pornographische Literatur in die Hände unserer Jugend. (Sehr richtig! im Ztr.) Gleichzeitig stellen sie erhöhte Anforderungen an den Postetat. (Zustimmung im Zentr.)

Staatssekretär Krätke: Wir müssen die überschüssige abliefern. Sollten wir die Beamten aus den Überschüssen bezahlen, so könnten z. B. die Justizbeamten garnichts erhalten. (Gr. Feiertätigkeit.) Würde die Befoldungsordnung wieder an einem Punkte durchbrochen, so würde sofort die Syntra mit 1000 Köpfen kommen. Es ist verflügt, daß die Unterbeamten von 2 Sonntagen einen ganz freien oder 2 halbe frei haben. Mit Rücksicht auf die finanziellen Konsequenzen können wir den Sonntagsdienst nicht einhalb und den Nachtdienst nicht bereits von 8 Uhr an rechnen.

Wahlhagenow (Kons.): Die Rede des Herrn Zubeil sollt wieder die Unterbeamten gegen die Postbehörde aufheben. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben den Beamten keine Verpflichtungen gemacht, die wir nicht zu halten in der Lage sind. (Ne, ne! links.) Wenn sich viele Beamte mit allerlei Zuträgerien an Herrn Zubeil gewandt haben, so haben sie damit bewiesen, daß sie kein Vertrauen zu ihrer Behörde haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich halte es mit der Ehre eines Beamten für ganz unvereinbar, wenn er sich an einen sozialdemokratischen Abgeordneten wendet. (Lebhaftes Oh! bei den Soz. Bravo! rechts.) Nutzen werden die betreffenden Beamten davon sicher nicht haben. (Lachen b. d. Soz.) Redner tritt des mitteren für die Wünsche verschiedener Beamtenkategorien ein. Die Erfüllung der hier erhobenen Forderungen der Unterbeamten und Aktiven würde 25 Millionen erfordern. Wo wollen Sie die Mittel dafür hernehmen? (Zuruf: Erbschaftsteuer!) Dann beschließen Sie lieber eine Dividendensteuer, die würde vielleicht noch mehr einbringen. Viel zu gering ist die Entschädigung für Posthilfsstellen. Die Mittagsgelöhner der Postagenturen und kleinen Postämter sollten einheitlich geregelt werden mit Rücksicht auf die Telephonenteilnehmer.

Veit-Helbergh (W.): Der glänzende Aufschwung im Bereiche der Postverwaltung und die blühende Entwicklung unseres Wirtschaftslebens ist nicht wegen, sondern trotz der Finanzreform von 1909 eingetreten. In dem Tempo der Errichtung neuer Postagenturen und der Umwandlung kleinerer in größere ist leider ein kleiner Rückschlag eingetreten. Die Wünsche der mittleren Postbeamten halten wir für ebenso berechtigt, wie vor drei Jahren; dem Beamtenbefoldungsgesetz haben wir nur zugestimmt, um überhaupt etwas zuzubringen, aber wir hofften auch, dadurch für die Regierung den Boden zu bereiten, um den weitergehenden Wünschen entgegenzukommen. (Sehr richtig! bei den Natlib.) Auch für die Inhaber der Postagenturen sollte mehr geschehen; vielfach kann man bei ihnen kaum noch von einer Verwaltung im Nebenamt sprechen. Wenn die Sozialdemokratie in den Kreisen der Postbeamten ein-

gang findet, so ist das mangelnde Entgegenkommen der Verwaltung daran schuld. Vorläufig allerdings ist die Beamenschaft sich noch ihrer Pflichten gegen den Staat bewußt und ich bin überzeugt, daß der Abg. Zubeil sein Material nicht aus Kreisen der Beamten bekommen hat. (Zuruf bei den Soz.) Gewiß, es ist liberal, das Recht der Beamten zu vertreten und national, auch die Pflicht der Beamten dem Staat gegenüber zu vertreten. (Lachen bei den Soz.) Auch die Postbeamten haben das Recht, frei nach ihrem Willen zu wählen und sich auch bei der Agitation zu betätigen, selbstverständlich aber innerhalb der nationalen und staatlichen Verpflichtungen. (Sehr. Feiertätigkeit bei den Soz. und Zuruf: Nationalliberale Freiheit!) — Redner tritt dann für die Schaffung eines Postetat, für die Verbilligung des Weltpostportos und für Post-Spar-Kassen ein.

Präsident Raempf: Ich habe dem Hause eine schmerzliche Mitteilung zu machen. (Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.) Vor wenigen Minuten hat uns die Trauerbotschaft erreicht von dem Dahinscheiden des Alterspräsidenten dieses Hauses, des Abgeordneten Albert Traeger, der seit 1874 ununterbrochen dem Reichstag angehört hat. In diesem Augenblick steigt vor unserm geistigen Auge das Bild dieses allverehrten Alterspräsidenten auf, der noch vor wenigen Wochen trotz seiner 82 Jahre die Verhandlungen dieses Hauses in jugendlicher Frische geleitet hat. Dem Andenken an den verehrten Mann, der — ich glaube, in Ihrer aller Sinne zu sprechen — wohl politische Gegner, niemals aber einen persönlichen Feind gehabt hat, bringen wir unsere Huldigung dar, indem wir uns von den Plätzen erheben haben. In der Wahre des Dahingegangenen werde ich mir gestatten, im Auftrage des Reichstages einen Kranz als äußeres Zeichen des Andenkens niederzulegen.

Kiel (W.) tritt für die Vereinfachung gewisser Unzulänglichkeiten im Weltpostverkehr, vor allem für die Vereinfachung des Briefpostens ein, sowie für Wiedereinführung des Anknüpfempels. Bei Massenbrücken sendungen sollte man dem Auftraggeber einen Empfangschein ausshändigen, anstatt z. B. 1000 und mehr 3-Pf.-Marken zu kleben. Mit der Portofreiheit der Landesfürsten wird vielfach Mißbrauch getrieben. Aber geradezu ein Unrecht ist es, wenn im Namen eines Landesfürsten, der neben seiner regierenden auch eine industrielle Tätigkeit treibt (Feiertätigkeit), geschäftliche Briefe portofrei als fürstliche Angelegenheit verhandelt werden. (Zuruf. lks.) Redner legt entsprechende Briefumschläge auf den Tisch des Hauses nieder.

Staatssekretär Krätke: Ich werde diesen Fällen nachgehen; sollten sie sich so ereignen haben, wie vorgetragen, so entpichte dies nicht dem, was sein soll. Um größere Vereinfachung des Briefpostens im Weltpostverkehr werden wir uns bemühen. Es ist jetzt eine Maschine erfunden, die zugleich mit dem Stempel die Marken für Druckmaschinen aufklebt und die Briefe zählt. Es wird also viel Arbeit gespart werden. Eine Vereinfachung der Mittagsgelöhner in ländlichen Postämtern und Agenturen soll nach Möglichkeit durchgeführt werden. Herr Veit sagte, es seien Beamte versetzt worden, weil ihre politische Tätigkeit gewissen Kreisen nicht genehm war. Das ist eine schwere Beschuldigung der Postverwaltung, und ich bitte doch, die Fälle näher zu bezeichnen. Der Abgeordnete Veit sprach von einem Mißtrauen der Verwaltung gegen die Beamten. Gegen Ausschreitungen von Beamten wird eingeschritten, aber ein allgemeiner Mißstand besteht nicht.

Dr. Chlapowski (W.) führt Beschwerde über Nichtbestellung von Briefen und Postkarten mit teilweise polnischer Aufschrift. So ging eine Karte aus Brasilien an die Gazeta Robotnica, Algemagne, nach Ruffisch-Polen und von da als unbestellbar nach Amerika zurück. Bei deutschen Adressen dagegen ist die Post sehr findig. So wurde eine Karte an den Hund Cäsar, Posen, Wilhelmplatz 18, richtig bestellt. Wie die Post auf den Hund gekommen ist (Feiertätigkeit), weiß ich nicht. Zu rügen ist auch, daß manche Postbeamte sich als Staatsanwalt fühlen. So wurde eine Postkarte mit einer satirischen Be-

nehmen können; aber wie viel feine Sterne und Spitzen gehörten dazu, gute teure Großmutter, daß man dadurch hätte die Augen verlieren können! . . . Und das Selbstgespräch geht immer weiter, unterbrochen von Schluchzen, von kindlichen Ausrufen, die der braven Frau wieder auf die Lippen kommen bei ihrem großen Schmerz, nun vermalt zu sein; sie klingen um so rührender, da alles im Kopenhagener Aktent gesprochen wird, den sie trotz der zwanzig Jahre ihres Aufenthaltes in Paris nicht verloren hat.

Der Kummer ihrer Tochter ist weniger mittelstern. Sehr bleich, die Zähne aufeinander gepreßt, beschäftigt sich Eline im Hause, mit ihrem ruhigen Aussehen, ihren sicheren, etwas langlamen Bewegungen, ihre volle schmiegsame Wülste in dem traurigen schwarzen Kleide, welches von den starken blonden Haaren und dem blühenden Aussehen ihrer neunzehn Jahre sehr absteht. Ohne jedes Geräusch, wie eine geschickte Hausfrau, hat sie das Feuer, welches in ihrer langen Abwesenheit fast erloschen war, wieder angefaßt, die Gardinen zugezogen, die Lampe angezündet und so den kleinen Salon von der Finsternis und der Kälte befreit, welche sie bei ihrer Rückkehr darin gefunden, dann ohne daß die Mutter aufgehört hätte zu sprechen, zu schluchzen, nimmt sie ihr Hut und Tuch ab, zieht ihr warme Hauschube an, an Stelle ihrer nassen, von der Friedhofserdbe beschwerten Stiefelchen, nimmt sie bei der Hand wie ein Kind, führt und legt sie an den Tisch, wo die mit Blumen bemalte Suppenschüssel zwischen zwei aus dem naßen Restaurant geholten Speisen dampft. Frau Ebsen sträubt sich. Wie wäre es möglich zu essen! Sie hat keinen Hunger, und dann, der Anblick dieses kleinen Tisches, des fehlenden dritten Bestecks

„Nein, Lina, ich bitte Dich.“  
„Doch, doch, es muß sein.“  
Eline bestand darauf, daß man hier gleich den ersten Abend wisse, sie wollte nichts an den Gewohnheiten ändern, wohl spessie, daß es den nächsten Tag noch schwerer sein würde sich hineinzufinden. Und wie klug hat sie gehandelt, diese sanfte und vernünftige Lina! Bald geschieht es schon, daß die laue Wärme des Zimmers, welche sich bei der zwiesfachen Helle der Lampe und des Feuers wieder erhellt, das arme erstarrete Herz durchdringt. Und Frau Ebsen beginnt mit großem Appetit zu essen, wie es ja stets nach solch erschöpfenden Krisen der Fall ist; nach und nach ändern und besänftigen sich auch ihre Gedanken ohne den Gegenstand zu wechseln. Das ist gewiß, daß man alles getan hat, damit Großmutter glücklich sei, daß ihr nichts fehle bis an ihren letzten

Tag. Und dann welchen Trost gewährte es doch, sich in so schrecklichen Augenblicken von so viel Sympathien umgeben zu fühlen! Wie viel Leute waren doch bei dem schlichten Zeichenbegängnis! Die Straße war ganz schwarz! Von ihren früheren Schülerinnen: Leonie d'Arlet, Baronin Gersbach, Paula und Louise de Lokande, nicht eine, welche gefehlt hätte. Man hat sogar das gehabt, was die Reichen heutzutage weder für Silber noch für Gold erlangen können, nämlich eine Rede des Pastors Auffardon, dem größten Redner der reformierten Kirche, den Paris seit fünfzehn Jahren nicht gehört hatte. Wie schön war das, was er über die Familie gesprochen hatte, wie war er bewegt, indem er von dieser mutigen Großmutter erzählte, die, schon im hohen Alter, ihre Heimat verließ, um ihren Kindern zu folgen und nicht einen Tag ohne sie zu leben.

„O! nicht einen Tag. . .“ seufzte Frau Ebsen, welche bei der Erinnerung an die Worte des Pastors von neuem in Tränen ausbricht, und ihre Tochter, welche sich ihr nähert hat, um sie zu beruhigen, in die Arme nehmend, drückte sie dieselbe fest an sich und ruft: „Wir wollen uns recht lieben, meine Lina, uns niemals verlassen.“

Dicht an sie geschmiegt, drückt Lina einen langen Kuss auf ihr ergrautes Haar, und antwortet zärtlich, aber sehr leise, um nicht zu weinen:

„Niemand! Du weißt es wohl, niemand!“

Die Wärme, die Mäßigkeit, drei Nächte ohne Schlaf und so viel Tränen! Sie schläft jetzt, die arme Mutter. Eline geht und kommt ohne Geräusch, deckt den Tisch ab und stellt wieder alles in Ordnung, was dieser schreckliche und plötzliche Todesfall durcheinander gebracht hat. Es ist so ihre Art, den Kummer zu betäuben in ihrer praktischen Tätigkeit. Aber an der Fensterbank, mit dem stets aufgesteckten Vorhang angelangt, wo die alte Frau sich den ganzen Tag aufhielt, fehlt ihr der Mut, um diese verschiedenen Dinge zu ordnen, welche die Spuren der Gewohnheit und auch der Abnützung durch die ältlichen Hände, welche sie stets benutzten, zeigen: die Schere, die Brille ohne das Futteral, welches zwischen den Seiten eines Bandes von Anderen als Besetzchen liegt, die Häkelnadel quer über einer angefangenen Arbeit, welche halb aus einem Fache des Nähstisches heraussteht, und die Spitzenhaube am Fensterriegel, deren aufgenäppte Lila Bänder herunterhängen.

Eline bleibt stehen und sinnt.

(Fortsetzung folgt.)

merkung über den Fürsten Blom dem Aufgeber als „unzulässig“ zurückgegeben. (Hört, hört! bei den Soz.) Kontrolliert werden die Unterbeamten in ganz ungehöriger Weise bei den Wahlen, sowohl bei den öffentlichen, wie auch bei den geheimen. Die Osmarkenzulagen sind ganz unberechtigt; man sagt, sie sind wegen des schwierigen Dienstes in den polnischen Gebieten notwendig. Das ist ganz falsch, denn gerade das polnische Publikum macht den Beamten gar keine Schwierigkeit. Die Zulage hat nur eine politische Tendenz. Wir werden deshalb für ihre Streichung stimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Freiherr von Camp (N.P.): Die Beamten haben sich auf die Zulage eingelassen und würden bei ihrem Fortfall sehr geschädigt werden. Schäden würden natürlich auch die betreffenden Gemeinden, auch die polnischen haben. In Preußen mögen zuerst politische Motive für die Zulagen vorgelegt haben, aber im Reich kann davon nicht die Rede sein. Die Geschäftsordnung soll so geändert werden, daß Anträge zum Etat in der Budgetkommission besprochen werden. Wir beantragen, alle Anträge der Budgetkommission zur Berichterstattung zu überweisen, damit ihre Konsequenzen für andere Stats geprüft werden. Die Befolungsfrage der Postbeamten sollten wir nicht aufrollen, denn dann müßten wir uns von neuem mit der Befolungsfrage aller Beamten beschäftigen, und dazu haben wir jetzt weder Zeit noch Geld. (Sehr richtig! rechts.)

Staatssekretär Kräfte: Die Wahlen sollten doch bedenken, daß durch ein Streichen der Osmarkenzulage gerade die vielen kleinen Beamten, deren Gehalt nicht übermäßig groß ist, schwer geschädigt würden. Das wäre ein großes Unrecht.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung am Donnerstag 1 Uhr, vorher Statutgesetz und Handelsvertrag mit Italien. Schluß 7 1/2 Uhr.

## Aus der Partei.

Vom Ausschaltung der Parteipresse. Gleich einer Reihe anderer Parteiblätter hat auch die „Altenburger Volkszeitung“ im vergangenen Geschäftsjahr eine Vermehrung ihrer Abonnentenzahl zu verzeichnen. Die Zahl der Abonnenten stieg von 7345 auf 9100. Bei der letzten Wahl wurden im Wahlkreis Altenburg 22 237 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

## Gewerkschaftsbewegung.

Streik der Möbeltransportarbeiter in Breslau. In Breslau sind von 350 beschäftigten Möbeltischlern über 300 ausständig geworden. Sie hatten Lohnforderungen gestellt; alle Verhandlungen waren aber ergebnislos.

Tarifbewegung der Steinseher. Für den Tarifbezirk Niederlausitz, der die Kreise Cottbus, Forst, Sorau, Kalau, Luckau, Lübben, Guben umfaßt, ist ein neuer Tarif zum Abschluß gelangt, und zwar ohne Kampf. Durch den Tarif werden die Löhne für Steinseher und Kammer im ganzen Bezirk vereinheitlicht; bisher bestanden in den Orten verschiedene Lohnsätze. Der Tarif ist auf 4 Jahre abgeschlossen und sieht innerhalb dieser Zeit für die bisher ungünstiger gestellten Bezirke eine Lohnerhöhung von 9 Pfg. pro Stunde vor, in den übrigen Bezirken eine solche von 6 Pfg. Für den Kreis Liebenwerda konnte ebenfalls ohne Kampf ein Tarif abgeschlossen werden, der eine Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pfg. bringt. — In Posen ist zum erstenmal ein Tarif zustande, der gleichfalls den Arbeitern mancherlei Vorteile bringt. — In Bromberg dagegen, wo schon seit langem ein Tarif bestanden hat, wollen die Unternehmer lediglich Verschlechterungen bewilligen; u. a. wollen sie die Berechtigung haben, bei nicht genügender Arbeitsleistung — worüber natürlich sie allein entscheiden — 30 Proz. vom Lohn abziehen zu können.

Der sächsische Provinziallandtag und die Steinseherausperrung. Nach Beendigung der Aussperrung im Regierungsbezirk Merseburg hatte, wie wir seinerzeit berichteten, der Verband der Steinseher im September v. J. eine Denkschrift an sämtliche in Betracht kommenden Behörden bis hinauf zum preussischen Ministerpräsidenten gerichtet. In dieser Denkschrift wurde lebhaft Beschwerde darüber geführt, daß eine ganze Anzahl von Beamten, vom Landrat herab bis zum Gemeindevorsteher und Chauffeuführer, vor und während der Aussperrung in einer Weise zugunsten der Unternehmer eingegriffen hatten, die weit über das Maß ihrer Befugnisse hinausging, zum Teil direkt ungesetzlich war. Es wurden einzelnen dieser Beamten Dinge nachgewiesen, die, wenn sie von Arbeitern in ihrem eigenen Interesse begangen worden wären, dieselben Anklagen über Anklagen wegen der verschiedensten Delikte eingetragen hätten. Da war nachgewiesen, daß verschiedene Landeshauptleute den Unternehmern den Abschluß von Tarifen mit der Arbeiterorganisation direkt verboten und für den Fall der Zuwiderhandlung ihnen mit Entziehung der Arbeiten gedroht hatten. Da wurden Fälle angeführt, wonach königliche Beamte den nichtaussperrenden Unternehmen die Entziehung der Arbeiten angedroht und diese Drohung zum Teil auch ausgeführt hatten, weil sie nicht Mitglieder der aussperrenden Unternehmerorganisation werden wollten, usw. Alle Fälle waren mit Namen und Daten belegt. Nun hatte sich kürzlich der sächsische Provinziallandtag mit dieser Denkschrift beschäftigt, d. h. er hat die Sache in knapp zwei Minuten „erledigt“. Der Referent, Oberbürgermeister Dr. Schmidt-Erfurt bezeichnete die Petition als zur Beratung im Plenum ungeeignet, worauf die Versammlung über die Denkschrift zur Tagesordnung übergang. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche schweren Vorwürfe und Anschuldigungen in der Denkschrift gegen eine ganze Anzahl namentlich angeführter hoher Beamten erhoben worden sind, dann kann man aus der Art der Erledigung nur den einen Schluß ziehen, daß diese Vorwürfe der mit der Beratung betrauten Kommission so ungeheuerlich erschienen sind, daß sie Bedenken trug, sie in der Öffentlichkeit erörtern zu lassen. Sätte dagegen nachgewiesen werden können, daß die erhobenen Anklagen nur in einzelnen Punkten der Wahrheit nicht entsprechen, dann hätte man sich die Gelegenheit sicher nicht entgehen lassen, den Nachweis zu führen, wie auch in diesem Falle die böse Sozialdemokratie gegen die pflichtgetreuen Beamten hegt. Man hätte es dabei wohl nicht einmal bewenden lassen, sondern hätte gegen die Unterzeichner der Denkschrift Anklage wegen Beamteneinseitigkeit erhoben. Das alles ist nicht geschehen. So darf man also doch wohl annehmen, daß den Beamten, die da geklagt haben, sie müßten sich als die Hauptverursacher der Scharlachorganisation betätigen, in geeigneter Weise klagemacht worden ist, daß sie dafür vom Staate und seinen Bürgern nicht bezahlt werden.

Die Streikszüß im Ruhrrevier in bürgerlicher Betrachtung. In einem Dorf in der bürgerlichen Welt schreibt ein Jurist über die ersten Beurteilungen wegen Streikvergehen: „Sie sind prompt erfolgt. Als Strafen wurden ein bis zwei Monate erkannt. Es handelte sich im wesentlichen um Körperverletzungen. Die Angeklagten hatten den Arbeitswilligen „Streikbrecher“ und „Pflü“ zu gewiesen. Unter den Angeklagten war eine Frau. Die verhängten Strafen müssen als sehr hoch bezeichnet werden. Auf die Sätze kommt also ungefähr ein Monat Gefängnis. Das ist etwas reichlich, wenn man bedenkt, was man

sonst für einen Monat alles zusammenbekommen und gahern kann. Es kommt hinzu, daß die Höchststrafe drei Monate Gefängnis ist und die Bestätigung Arbeitswilliger durch Ehrverletzung die mildeste Art des Streikvergehens ist. Schwermievergehen ist selbstverständlich Gewalt, Drohung und Verurteilung. Der Gelehrte, der drei Monate als Strafmaßimum festsetzte, war weise, denn er kannte wohl, daß bei der großen Erregung, die in diesen Fällen naturgemäß immer herrscht, und bei der Massenjugend, unter der die Täter meist handeln, eine milde Strafe angebracht ist. Das um so mehr, als bei größeren Erzeugen die Bestimmungen des allgemeinen Strafgesetzbuches schon härtere Strafen vorsehen. Wie unter diesen Umständen für Juristen wie „Streikbrecher“ und „Pflü“ derartige enorme Strafen verhängt werden konnten, ist schwer zu begreifen. Wenn man diese Strafen mit denen vergleicht, die etwa vornehmere Rowdys erhalten haben, dann wird man sich nicht wundern, wenn Sozialisten solche Fälle herausgreifen und über Klassenjustiz murmeln. Schon die besondere Beschleunigung, deren man sich bei den Streikvergehen befleißigte, mußte Verwunderung erregen. Jeder fragte, warum nicht auch bei allen anderen Strafsachen? Nach einer bekannten, viel glossierten Verfügung des Justizministers sind alle Strafsachen „mehr oder weniger Eiltsachen“. Sehr oft sind sie allerdings weniger Eiltsachen. Und nun auf einmal dieses Arbeiten mit Hochdruck. Bei der Frau, die wegen des Jurists „Streikbrecher“ einen Monat Gefängnis erhalten hat, nahm das Gericht nur deshalb von einer sofortigen Verhaftung Abstand, weil sie vier kleine Kinder zu versorgen hatte. Die Frau ist, nebenbei bemerkt, nicht vorbestraft. Man fragt sich, wie etwas derartiges möglich war. Wie ein Gericht überhaupt eine Verhaftung in Erwägung ziehen konnte bei der geringen Strafe von einem Monat. Mit den hier zulaufenden geltenden Gesetzen war eine sofortige Verhaftung nicht zu rechtfertigen. Das mag das Gericht wohl im letzten Moment eingesehen haben, doch läßt sich nicht verkennen, daß einigen Gerichten unbedingte Ruhe zu fehlen scheint, die bei der Entscheidung jedes Rechtsfalles und besonders jeder Strafsache nötig ist. Infolgedessen werden wohl manche Verteidiger, die wegen gleicher Vergehen Anklagen vor solchen Gerichten zu vertreten haben, die Gerichte wegen Befangenheit ablehnen. Sicherlich ist eine derartige Ablehnung gerechtfertigt. Die Justizverwaltung hat dafür Sorge getragen, daß die Verhandlungen wegen Streikvergehen besonders beschleunigt werden. Sie trage jetzt dafür Sorge, daß unter der Beschleunigung die Objektivität nicht leidet.“

Die neuen Einigungsverhandlungen im Schneidergewerbe. Am Dienstag vormittag neun Uhr begannen unter Vorsitz des Rathsherrn Dr. Piller in Frankfurt a. M. die Einigungsverhandlungen. Die Parteien waren vertreten nur durch die Hauptvorstände. Einem Wunsche Dr. Pillers folgend, soll über die Verhandlungen vorläufig nichts in die Öffentlichkeit gebracht werden, damit die Verhandlungen nicht gestört oder von außen beeinflusst werden könnten. Zunächst berieten beide Parteien von ihrem Standpunkte aus über den Lohnkampf. Nach vierstündiger Sitzung wurden die Verhandlungen auf Mittwoch vormittag vertagt. Am Nachmittag tagten beide Parteien gesondert, um zu der Frage Stellung zu nehmen, ob die örtlichen Vertreter zu den Verhandlungen geladen werden sollen. Die Vertreter des Schneiderverbandes sind dafür, während die Unternehmervertreter sich dagegen erklären. Vorläufig ist ein gangbarer Weg zur Einigung noch nicht gefunden.

Die „politischen“ Dienstmädchen. Der Verband der Dienstmädchen und Hausangestellten ist nach der Ansicht des Breslauer Schöffengerichts politisch. Genosse Mittag, der Vorsitzende des Zentralverbandes der Hausangestellten, Ortsgruppe Breslau, erhielt von der Polizei einen über 20 Mk. lautenden Strafbefehl, weil er es unterlassen hatte, die Vereinsstatuten und ein Mitgliederverzeichnis der Polizei einzureichen. Gegen die Strafverfügung erhob Genosse Mittag Einspruch. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Wandmann, machte vor dem Schöffengericht geltend, der Zentralverband der Hausangestellten sei kein politischer Verein, sondern ein gewerkschaftlicher. Der § 8 des R.-V.-G. finde deshalb im vorliegenden Falle keine Anwendung. Das Gericht, unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Rügler, schloß sich diesen Ausführungen nicht an. Der Vorsitzende meinte: „Die Dienstbotenfrage fällt ins Gebiet der Sozialpolitik; somit ist der Verein der Hausangestellten eine politische Vereinigung. Der Verein strebt aber auch eine Änderung der für die Dienstboten geltenden Gesetzesbestimmungen an, besonders die Abschaffung der alten Gesindeordnung; schon aus diesem Gesichtspunkt müßte er als politisch angesehen werden.“ Der politische Strafbefehl wurde deshalb bestätigt. — Wenn das politisch sein soll, gegen eine aus dem Zeitalter der Leibeigenschaft stammende Sklavenordnung anzukämpfen, so wird das die Dienstmädchen hoffentlich erst recht veranlassen, dem Verband der Hausangestellten treu zu bleiben und für ihn zu werden.

## Aus dem Gerichtssaal.

Die Berliner Massenvergiftung vor Gericht. Vor der 10. Strafkammer des Berliner Landgerichts 1 haben sich der Drogist Julius Scharmach aus Charlottenburg, der Reisende und Essensfabrikant Karl Jastroff, der Reisende Bruno Wegen und die Schankwirtin Otto Rebornske und Gustav Dahle zu verantworten. Sie sind angeklagt, den Tod von 89 Menschen verschuldet und außerdem ebensoviele Personen in ihrer Gesundheit geschädigt zu haben, indem sie Methyloalkohol fabrizierten und als „Kum“, „Nordhäuser“, „Schleifchen“ und „Dänischen Korn“ verkauften. Der am Dienstag begonnene Prozeß, zu dem 40 Sachverständige und 60 Zeugen geladen sind, wurde auf Antrag der Verteidigung auf Freitag vertagt.

Ein agrarischer Prügelheld. Der auf dem Gute Miltersdorf bei Templin amtierende Gutsverwalter Jffland ist der Bruder des Gutsbesizers und hatte daher den besonderen Drang, die gutsherliche Autorität durch reichliche Prügel zu wahren. Ende Januar hatte er sich vor dem Schöffengericht Templin wegen schwerer Mißhandlung und Beleidigung einer auf dem Gut seines Bruders beschäftigten 50jährigen Arbeiterfrau zu verantworten; er wurde zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt. Das Gericht hatte Milde walten lassen, trotzdem der Richter in den Urteilsgründen hervorhob, der Angeklagte habe sich benommen, wie dies vielleicht vor 200 Jahren üblich gewesen sein mag. Die Tat charakterisierte sich als eine ohne jeden Anlaß verübte rohe Körperverletzung. Die Verurteilung des agrarischen Prügelhelden wurde in der Presse besprochen, worauf an den Redakteur einer Berliner Zeitung ein von Jffland unterzeichneter Brief gelangte, der von den unflätigsten Beschimpfungen gegen den Redakteur, die Arbeiter und die Sozialdemokratie förmlich wimmelte. Gegen das Schöffengerichtsurteil hatten Staatsanwalt und Verteidiger Berufung eingelegt. Dieser Tage fand die Berufsverhandlung vor der Strafkammer in Breslau statt. Die Zeugenausagen ergaben daselbe Bild wie in der Schöffengerichtsverhandlung. Der agrarische Unternehmer-Stellvertreter hatte die Laune von einer schweren

Unfallsopferaktion getriebene Arbeiterin mit der Kette geschlagen, war mit dem Pferd auf sie eingestiegen und hatte sie nach einigen agrarischen Rosensorten, wie „faules Schwein“, „faule Eule“, „ich sch... auf eure Operation“ in den Chauffeegraben geworfen. Seine Verteidigung hatte der tapferer Dilettant gegen die Verhandlung in der ersten Instanz, wo er Notwehr (!) geltend gemacht hatte, etwas geändert. Er habe die Plebe mit der Kette nicht mit Absicht geschlagen. Er sei nervös und deshalb wippte die Plebe ständig in seiner Hand. Sein Anwalt verfuhrte, der Fall politisch gegen die Sozialdemokratie auszusprechen. Die Schuld daran sei, daß sich die Öffentlichkeit mit der Anwesenheit beschäftigt habe, wodurch Jffland in der ganzen Umgebung blamiert sei! Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten wegen der Körperverletzung und 50 Mk. Geldstrafe wegen Beleidigung. Das Gericht fand diesen Antrag etwas zu weitgehend, verurteilte den agrarischen Prügel aber doch zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen und 50 Mk. Geldstrafe, sowie zur Tragung der Kosten. Die fetige Bridgetta fand in der Urteilsbegründung eine ähnliche Würdigung wie in der ersten Instanz.

Ein Leutnant als Soldatenquäler. Wegen Mißhandlung von Untergebenen hatte sich der Leutnant Willi Gruber vom ersten Bataillon des Infanterieregiments Nr. 48 in Darkehmen vor dem Gericht der zweiten Division in Jnsterburg zu verantworten. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit (!) geführte längere Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu zwei Monaten Festungshaft.

## Aus Nah und Fern.

Abgestürzter Flieger. Gestern nachmittag stürzte der Flieger Kleine-M. Gladbach auf der Holzheimersheide in Düsseldorf mit seinem Doppeldecker aus 100 Metern Höhe ab, als er einen Gleitflug unternehmen wollte. Der Flieger geriet unter das Flugzeug. Der Motor zertrümmerte ihm den Schädel, so daß er auf dem Wege ins Krankenhaus verstarb. Bei dem Unfall waren seine Frau und sein Kind zugegen.

Folgen des Fensterknus. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gab der Reisende Jakob Wilkens in Rodembach (Pfalz) auf den Liebhaber seiner Tochter, der bei dieser Fensterknus wollte, einen Revolverschuß ab, ohne ihn jedoch zu treffen. Als der Liebhaber dem Vater des Mädchens mit einer Anzeige drohte, erschoss sich Wilkens selbst.

Zu tosendem Bier verbrüht. Im Brauhaus zu Nickerfelden bei Würzburg ereignete sich gestern ein schweres Unglück. Dort beobachtete der Bierbrauer Michael Fries vom Kesselrand des Sudschiffs aus das Sieden des Biers. Infolge von Übermüdung schlief er ein und fiel in das kochende Bier. Er wurde schrecklich verbrannt und ertrank.

Dampferzusammenstoß. Der Schlepper „John Bull“ ist in der Montagnacht bei Zebrügge mit einem auf der Fahrt nach Dieppe befindlichen Dampfer zusammengefahren. Dieser ist gesunken. Die Besatzung wurde in Willingen an Land gefetzt; ein Mann ist ertrunken. Nahezu 100 Bergleute verwickelt? Aus Bluefields, Westvirginia, wird gemeldet, daß 85 bis 100 Bergleute in einem dortigen Bergwerk der Weg zum Förderseil abgesehen worden ist. Es wird ein schweres Unglück befürchtet.

Das Lawinenunglück am Simmering in Österreich hat 10 Opfer gefordert. Die Leichen sind bereits geborgen. Das Rettungswert gestaltete sich wegen des dichten Nebels, des Schneetreibens und des scharfen Nordwestwindes sehr schwierig und gefährlich. Aus den Erzählungen des geretteten Fräuleins Tagleicht und anderer Augenzeugen geht hervor, daß sich die Katastrophe während der Abfahrt über den steilen Schneebahn vom Hochschneeberg zum Ochsenboden nächst der Fischerhütte ereignete hat, und daß die auf dem Schneebahn befindlichen Personen von den in Bewegung geratenen Schneemassen in die Tiefe gerissen und von den mächtigen Schneemassen begraben worden sind. — Wie verlautet, werden zwei weitere Stiffler aus Wien, die eine andere Tour unternommen hatten, vermißt. — Drei Saizburger Touristen wurden am Sonntag auf einem Ausflug nach dem Steinernen Meer von einer Schneelawine überrascht und verschüttet. Zwei von ihnen sind tot, einer konnte sich retten.

Die Pariser Automobil-Verbrecher. Durch die neue Gewalttat der Automobil-Verbrecher im Walde von Montgeron, der drei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, ist Paris in eine außerordentliche Aufregung versetzt worden. Die Polizei läßt alle Bahntunnel absuchen, weil eine Anzeige vorliegt, nach der sich die sechs Räuber in einem Bahntunnel verborgen halten. Abends fuhr ein Automobil über die Puteaux-Brücke. In dem Wagen saßen drei Personen, von denen eine um Hilfe rief. Auch eine mit Chloroform durchtränkte Maske wurde aus dem Wagen hinausgeworfen. Polizeibeamte zu Rad verfolgten das Automobil, konnten es aber nicht einholen. Die Idee zu dem Raubanfall in Chantilly scheint den Banditen durch eine Frau eingegeben worden zu sein, die gestern in Chantilly angekommen und vor dem Überfall auf dem Bahnhofsplatz gesehen worden ist. Nach dem Attentat wurde die Frau in Gesellschaft der Räuber in dem Automobil gesehen. Am Schluß der vorgestrigen Kammeritzung brachte der Kapitale Frankin Bouillon die Verbrecher der Automobilbanditen zur Sprache. Er kritisierte die Zustände auf der Polizeipräfektur sehr scharf, die er als anarchisch bezeichnete. Der Minister des Innern Steeg nahm die Polizei in Schutz, er gab jedoch zu, daß eine größere Übereinstimmung in der Tätigkeit der verschiedenen Abteilungen wünschenswert sei und erklärte, daß die Regierung ungehäumt alle notwendigen Maßnahmen treffen würde, um eine Wiederholung so schauerlicher Verbrechen zu verhindern. Es verlautet, daß 15 neue Polizeikommissare und 35 neue Polizeiinspektoren ernannt werden sollen. Die der Polizei zur Verfügung stehenden Automobile sollen auf 12 erhöht werden. Die erforderlichen Kredite werden noch heute von der Kammer verlangt werden. In der Nacht zum Dienstag wurde in dem Vorort Gentilly ein Mann verhaftet, der sich in Paris einschleichen wollte. Man fand bei dem Mann, der sich Buhbacher nannte, einen Brief, der sich auf den Raubanfall in der Rue Ordener bezog. Der Leiter des Stadtbüroaus und Sicherheitsdienstes Vertillon fand in dem bei ihm zurückgelassenen Automobil Fingerabdrücke der „Anarchisten“ Garnier und Carrou, die den Raubanfall verübten. Die Societe Generale, deren Kassenbuche Gaby veräußert wurde, und ihre Zweiganstalt in Chantilly sicherten 100 000 Frank demjenigen zu, der die Verhaftung der Verbrecher ermöglicht. Gaulois regt an, daß auch der Automobilklub, für den die Sicherheit der Straßen von der größten Bedeutung ist, einen hohen Preis auf die Festnahme der Täter aussege. — Den übrigen Tätern ist man auf der Spur.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

„Die von der Sandstrafe“.

Stizze von S. Börgarß.

In einem Spätherbstabend. Zur Reize geht die goldene Sonne mit ihrem blutroten Schein, die am nördlichen Horizont sich aufstürmenden Wolken golden betragend...

Ein enger, dunkler Raum, mit niedrig, dumpfer Luft. Von den schützenden Wänden heden sich grelleuchtende Plakate...

Die Interaktion geht weiter und die Zeiger der Uhr sind schon auf 8 gerückt. Noch einmal öffnet sich die Tür...

„Gestatten Sie bitte Ihre Papiere,“ sagte der Beamte mit gedämpfter Stimme. Alles framt in den Säulen zum und reißt dem Beamten die oft antie ausstehenden Papiere hin...

Ein Schiffsbürger-küchen. Spätes, trotz seiner Tragik höchst amüßantes Geschehen mit der Stern. Korresp. von einem Privatbesitzer...

Wurde wird oft als schön empfunden. Doch ist sie mit Geräusch verbunden, sagt Busch. Auf dem selben Standpunkt stehen die Japaner zu sehen...

Aus den Wäldern. Im Eifer. An Freiern fehlt's mit keinesfalls — ich hätte schon vor zehn Jahren heiraten können! — O, ich Bärter Wind!

Der Berichtswortführer ist da, er will pfeifen! Man: „Hör ihm einen Strauß an!“ Bärter Wind. G a s e b e r (zu seiner Frau): „Es ist bereits Mitternacht vorüber und keiner von den Gästen will gehen...“

als Pfarrer ausbleibenden Läden der Stadt verderben zu helfen. Frauenwohl — hier betätige dich! Es ist ein reiches Arbeitsfeld vorhanden.

Kleines Feuilleton.

Im Gebiet des ewigen Schnees von China. Die französische Expedition Legendre, die im September 1910 im Auftrag der französischen Regierung auf wissenschaftlichen Erkundungszug nach Tibet...

